

88. (Sonder-)Sitzung

Potsdam, Montag, 10. Februar 2014

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen des Präsidenten.	7124	Beyer (FDP)	7129
Personalquerelen, Wortbruch und Skandale auf höchster Ebene - Brandenburgs Landesre- gierung verliert ihre Handlungsfähigkeit		Frau Mächtig (DIE LINKE).	7132
Antrag von 18 Abgeordneten gemäß Artikel 64 Absatz 1 Satz 2 der Verfassung des Landes Brandenburg		Kurzintervention des Abgeordneten Homeyer (CDU)	7135
Entschließungsantrag der Fraktion der CDU der Fraktion der FDP der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Frau Mächtig (DIE LINKE).	7136
Drucksache 5/8478.	7124	Vogel (B90/GRÜNE)	7136
Prof. Dr. Schierack (CDU).	7124	Chef der Staatskanzlei Staatssekretär Gerber.	7139
Ness (SPD).	7127	Ministerpräsident Dr. Woidke	7141
		Kurzintervention des Abgeordneten Prof. Dr. Schierack (CDU)	7141
		Anlage	
		Anwesenheitsliste	7143
		Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	

Beginn der Sitzung: 13 Uhr**Präsident Fritsch:**

Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur heutigen Sondersitzung.

Ich begrüße als Erstes unsere Gästegruppe auf den Besucherrängen, eine Parlamentariergruppe aus New South Wales in Australien.

(Allgemeiner Beifall)

Schön, dass Sie während Ihrer Studienreise in der Europäischen Union auch den Landtag Brandenburg besuchen.

Ich habe Ihnen gemäß § 20 der Geschäftsordnung mitzuteilen, dass Herr Christian Görke mit Ablauf des 31. Januar 2014 auf sein Mandat im Landtag Brandenburg verzichtet und der Landeswahlleiter mitgeteilt hat, dass Frau Karin Weber mit Wirkung vom 1. Februar 2014 Mitglied des Landtages geworden ist. Viel Erfolg bei dieser Arbeit!

Meine Damen und Herren, über eine Tagesordnung müssen wir heute nicht abstimmen, denn 18 Unterschriften genügen, um eine Sondersitzung des Landtages einzuberufen. Das steht nicht zur Debatte.

Zur Debatte standen die Redezeiten. Auch da gibt es einen erfreulichen Konsens aller Fraktionen, der 20 Minuten heißt. Um sicherzugehen, dass alle Abgeordneten damit einverstanden sind, lasse ich darüber abstimmen. Wer die 20 Minuten Redezeit akzeptiert, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gibt es hier Gegenstimmen? - Oder Enthaltungen? - Nein, der Konsens steht. Ich danke Ihnen.

Wir haben heute ganztägig auf Minister Dr. Markov zu verzichten; er wird von Minister Görke vertreten. Ebenso fehlen einige Abgeordnete.

Ich rufe den Gegenstand der heutigen Tagung auf:

Personalquerelen, Wortbruch und Skandale auf höchster Ebene - Brandenburgs Landesregierung verliert ihre Handlungsfähigkeit

Antrag
von 18 Abgeordneten
gemäß Artikel 64 Absatz 1 Satz 2 der Verfassung des Landes Brandenburg

Des Weiteren liegt ein Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU, der FDP und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/8478 vor.

Für die CDU-Fraktion beginnt Prof. Dr. Schierack die Debatte.

Prof. Dr. Schierack (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei unseren Reisen durch Brandenburg sagen uns die Menschen immer wieder: Sie leben gern in diesem Land, sie sind stolz auf das, was sie für sich und ihre Familien geschaffen haben. Sie sind fleißig, sie sind engagiert, manche stehen frühzeitig auf, fahren weite Strecken zur Arbeit, sie zahlen pünkt-

lich ihre Steuern und kümmern sich ehrenamtlich um ihre Mitmenschen. Dieses Engagement erwarten sie aber auch von ihrer Landesregierung.

(Beifall CDU)

Aber was hören sie in der öffentlichen Debatte? Es geht um Verfehlungen, um Befindlichkeiten von Ministern und Staatssekretären, um verantwortungslose Fördermittelvergaben, merkwürdige Personalentscheidungen, Orientierungslosigkeit bei der Polizeireform, bei der Bildungspolitik und beim BER. Da fragen die Menschen natürlich sehr berechtigt: Was tut eigentlich diese Landesregierung in der Gegenwart und in der Zukunft für dieses Land?

Kümmert sich diese Landesregierung tatsächlich um die Zukunft? Kümmerte sie sich beispielsweise um den Ärztemangel in der Vergangenheit? Kümmerte sich diese Landesregierung um die kaputten Straßen? Ist die Landesregierung wirklich ernsthaft dabei, die Probleme beim BER zu lösen? Kümmerte sich diese Landesregierung ernsthaft um den Unterrichtsausfall in den Schulen,

(Zuruf von der SPD: Ja!)

und kümmerte sich diese Landesregierung angesichts wachsender Kriminalität in diesem Land tatsächlich um die Sicherheit der Bürger?

(Domres [DIE LINKE]: Macht sie alles!)

Wenn Sie zuhören würden, wüssten Sie: Nein! Rot-Rot hat sich immer weiter von den Sorgen und der Realität der Menschen entfernt.

(Zwischenrufe von der Fraktion DIE LINKE)

Noch nie gab es so viele Proteste gegen die Landesregierung wie in dieser Legislatur.

(Bischoff [SPD]: Welche denn?)

Wie gehen Sie um mit Kritik und Hinweisen von Wirtschaftskammern und -verbänden, vom Städte- und Gemeindebund, von Gewerkschaften, von Bürgerinitiativen? Sie ignorieren sie.

Wie gehen Sie mit Volksinitiativen und Volksbegehren um? - Ja, Sie diskutieren sie. Und dann versenken Sie sie politisch.

(Beifall CDU und B90/GRÜNE)

Das ist die Realität.

In Artikel 89 unserer Landesverfassung steht:

„Der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Regierungspolitik und ist dafür dem Landtag verantwortlich.“

Ja, er ist dafür dem Landtag verantwortlich. Und leider unterscheidet sich der gegenwärtige Ministerpräsident in dem Punkt nicht von seinem Vorgänger: Wir müssen hier auf eine Sondersitzung drängen, damit der Ministerpräsident über den Zustand und den Kurs seiner Regierung informiert.

(Beifall CDU - Oh! bei der SPD und Lachen bei der Fraktion DIE LINKE)

Ich habe bereits Anfang dieses Jahres eine Regierungserklärung vom Ministerpräsidenten gefordert - zu einer regulären Sitzung. Das ist von diesem Ministerpräsidenten abgelehnt worden, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Das ist sein gutes Recht! - Jürgens [DIE LINKE]: Das ist sein gutes Recht, Herr Schierack!)

Zu erklären gibt es ja einiges. Der Rücktritt des Justizministers war zwingend notwendig und spricht Bände über den derzeitigen Justizvollzug in diesem Land.

(Beifall CDU)

Zwei Schwerverbrecher rühmen sich über Jahre mit der Direktwahl zu ihrem ehemaligen Anwalt, dem Justizminister, und dieser lässt nicht nur den Kontakt zu, sondern setzt sogar Haftprivilegien durch -

(Widerspruch bei der Fraktion DIE LINKE - Zuruf des Abgeordneten Bischoff [SPD])

gegen die klaren Worte der eigenen Mannschaft und des Haftpersonals!

Der Staatssekretär im Justizministerium, der dieses Verfahren im Rechtsausschuss eigentlich aufklären sollte, enthält diesem Ausschuss wesentliche Fakten vor. Ein völlig inakzeptables Verständnis seines Amtes!

(Beifall CDU - Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Da ist nichts wahr!)

Und welche Reaktion kommt von der Staatskanzlei, vom Ministerpräsidenten? - Keine. Der Ministerpräsident schweigt zu all diesen Dingen. Ich erinnere nur daran, dass der Ministerpräsident noch einen Tag vor dem Rücktritt des Justizministers diesem das volle Vertrauen ausgesprochen hat

(Genilke [CDU]: Aha!)

und noch am gleichen Tag seinen Rücktritt sehr bedauerte.

Nun lese ich vor zwei Tagen in der „Lausitzer Rundschau“, dass der Ministerpräsident sagt, dieser Rücktritt sei notwendig gewesen, weil er sich persönlich eingesetzt habe. Was für ein Sinneswandel, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Auch zur verantwortungslosen Förderpraxis des Wirtschaftsministers hat sich der Ministerpräsident im Detail - ich sage: im Detail - nicht geäußert. Er spricht ihm lediglich das Vertrauen aus.

Herr Ministerpräsident, mit Ihrer Erklärung unterstützen Sie die Leugnung der Verantwortlichkeit des Wirtschaftsministers für seine Taten.

(Beifall CDU)

Warum ignorierte der Wirtschaftsminister Brandenburgs alle fachlichen Hinweise und Einschätzungen und genehmigte der

Odersun AG, einem zahlungsunfähigen Unternehmen, eine 3-Millionen-Euro-Bürgschaft aus Steuergeldern und ist am Ende dafür nicht verantwortlich?

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Es war ein Darlehen!)

3 Millionen Euro mögen für Sie im Angesicht des BER-Desasters vielleicht nicht viel sein. Aber 3 Millionen Euro bedeuten - auf Vorschlag der Union - vierhundert Meistergründungsprämien

(Domres [DIE LINKE]: Die ihr abgeschafft habt!)

à 7 500 Euro. Damit könnte man 400 junge Handwerker unterstützen.

(Beifall CDU)

Das wäre verantwortungsvolle Förderpraxis!

Wenn es darum geht, wer für den Schaden aufkommen soll, dann trägt der Minister dafür keine Verantwortung, und dies ist bei diesem Wirtschaftsminister eben kein Einzelfall. Bei einem anderen Fördermittelfall hat sich Minister Christoffers mehrfach, und zwar sehr persönlich, mit den mittlerweile inhaftierten Vertretern der Human BioSciences - sogar sehr privat - getroffen.

(Vereinzelte Gelächter bei der SPD)

Von einer drohenden oder bereits eingetretenen Insolvenz, von Vorstrafen oder fehlenden Sicherheiten will er nichts gewusst haben. Und trotz bereits laufender Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft wurden im September 2012 - direkt nach dem Treffen des Ministers mit den Betrügnern - 3 Millionen Euro ausgezahlt, und das angeblich, weil das Prüfverfahren der ILB die Hinweise auf Betrug ausräumen konnte. Da frage ich Sie: Auf welcher Grundlage? Was ist da passiert? Wo sind die protokollierten Akten für dieses angebliche Prüfverfahren?

(Bischoff [SPD]: Da müsst ihr Junghanns fragen! - Lachen bei der CDU - Genilke [CDU]: Adenauer!)

Hier wird meines Erachtens die Wahrheit verbogen. Bei Verdacht - das sage ich hier deutlich - auf Betrug, so sagt es die Fördermittelrichtlinie, dürfen Fördermittel in diesem Land nicht ausgezahlt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und B90/GRÜNE)

Es lagen viele Hinweise auf Betrug vor. In den Akten ist protokolliert: Es gibt keine Bonität bei diesem Unternehmen. Es gibt keine deutsche Hausbank. - Das können Sie nachlesen, und das ist klar und deutlich aus dem Fördermittelbescheid von 2008 zu ersehen. Sie haben gegen die Fördermittelrichtlinie verstoßen, was Sie niemals hätten machen dürfen. Damit hat der Wirtschaftsminister gegen die eigenen Förderrichtlinien verstoßen.

(Beifall CDU sowie vereinzelt B90/GRÜNE)

Bei all den vorliegenden Beweisen und angesichts der zeitlichen Abläufe erscheinen die Aussagen des Wirtschaftsminis-

ters am 6. Februar 2014 im Ausschuss als nicht glaubwürdig. Sie sind nicht wahr. Er hat nicht die Wahrheit gesagt.

(Beifall CDU und B90/GRÜNE)

Damit ist der Fall Christoffers auch ein Fall für den Ministerpräsidenten selbst geworden, denn er schenkt ihm das volle Vertrauen.

Und dann soll sein Staatssekretär gehen. Dann soll er bleiben. Dann soll er wieder krank sein, der Staatssekretär, und dann doch wieder gehen. - Und das alles unter den Augen des Ministerpräsidenten. Offensichtlich hat der Wirtschaftsminister nicht einmal mehr sein eigenes Haus im Griff.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren! Wie der Ministerpräsident in seiner einstigen Regierungserklärung zu dem Urteil kommen konnte, dass die rot-rote Regierungskoalition gut für dieses Land arbeite, und das auch auf dem SPD-Bundesparteitag wiederholt hat, ist mir schleierhaft. Mehr als die Hälfte der Brandenburgerinnen und Brandenburger ist mit dieser Landesregierung nicht zufrieden.

(Domres [DIE LINKE]: 25 % wollen Rot wählen!)

Nun könnten wir uns als Opposition zurücklehnen und sozusagen die Fehler der Regierung feiern. Aber ich sage Ihnen: Als kluge Opposition tun wir das nicht.

(Gelächter des Abgeordneten Jürgens [DIE LINKE])

Ich muss Ihnen deutlich sagen: Es wundert mich schon, wenn der Ministerpräsident - sozusagen wie in einem Kinderspiel - sagt: Wenn ihr nicht artig seid, reden wir in Zukunft gar nicht mehr mit euch! - Das ist wie im Kindergarten: „Wenn ihr mich ärgert, dann spiele ich nicht mehr mit euch.“ - So kann man Politik in diesem Land nicht machen, nein!

(Beifall CDU - Zurufe von der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Die nächste Landtagswahl wird in sieben Monaten sein. Sieben Monate - eine lange Zeit, da, wo junge Menschen ihren Abschluss machen,

(Senftleben [CDU]: Oder auch nicht!)

zur Universität gehen, Pläne schmieden, ein halbes Jahr, wo Unternehmen exportieren, produzieren, einstellen und ausbilden, ein halbes Jahr, wo wichtige Entscheidungen wie über den Tagebau in der Lausitz oder auch zum BER zu fällen sind, ein halbes Jahr, wo die Menschen mit ihren großen und kleinen Sorgen zu uns kommen. Deswegen haben wir diese Sondersitzung einberufen: damit diese Landesregierung endlich aus der Agonie herauskommt,

(Lachen sowie Zurufe bei der SPD: Ja!)

um die Zukunftspläne dieses Landes zu schmieden. Wir dürfen nicht weiter Passivität dulden.

(Fortgesetztes Lachen bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE - Minister Christoffers: Danke für die Unterstützung!)

Und Sie, Herr Ness, als Fraktionsvorsitzender der SPD, sagen zur Einberufung dieser Sondersitzung, dies wäre ein Missbrauch parlamentarischer Instrumente.

(Zuruf von der SPD: Nein! - Beifall SPD und DIE LINKE)

- Ja, feiern Sie nur!

Und Sie sprechen von Isolierung der CDU.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Schauen Sie sich doch bitte einmal um, wer sich hier am Ende isoliert!

(Frau Melior [SPD]: Eben!)

Schauen Sie sich die Stimmung der Menschen in Brandenburg an und schauen Sie in unseren Entschließungsantrag, um festzustellen: Wer ist in diesem Land wirklich isoliert?

(Beifall CDU)

Dass Sie von Missbrauch sprechen, sagt viel über Ihr demokratisches Grundverständnis aus, und es macht deutlich, wie dringend dieses Land einen Politikwechsel braucht, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU - Lachen bei der SPD)

Ja! Ich gebe zu: In der Staatskanzlei müssen einmal die Fenster aufgemacht werden, damit da frische Luft reinkommt, ja!

(Beifall CDU - Gelächter bei der Fraktion DIE LINKE und der SPD)

- Ja, Sie lachen. Was machen Sie? Sie machen die Fenster zu. Sie gehen auf Wahlkampfmodus. Sie versuchen jetzt, alle Themen abzuräumen. Es ist so, wie Sie es sagen: abzuräumen.

(Gelächter bei der Fraktion DIE LINKE)

All die Themen, die Sie in den letzten Jahren hätten bearbeiten können, und all Ihre Wahlkampfversprechen, die Sie jetzt landesweit aufmachen, sind Resultat der Versäumnisse Ihrer Politik der letzten vier Jahre. Das ist die Wahrheit!

(Beifall CDU und B90/GRÜNE)

Das hätten Sie längst erledigen können.

Und noch eins: Wenn Sie als SPD sagen - später sagte dies auch die Linkspartei -, die CDU sei ihr Hauptgegner,

(Domres [DIE LINKE]: Wer sonst?)

dann sagt das viel über Ihr Grundverständnis aus. Dann besagt das: Es geht Ihnen vorrangig um Macht und nicht um dieses Land.

(Beifall CDU - Widerspruch und Gelächter bei der Fraktion DIE LINKE)

Ja! Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich habe keine Hauptgegner. Ich habe in diesem Land keine Hauptgegner, ich habe auch in

diesem Parlament keine Hauptgegner. Ich will dieses Land voranbringen und habe maximal Mitbewerber. Ich wäre im Ernstfall auch bereit, dieses Land mit der SPD zu regieren, wenn es dem Lande gut täte.

(Gelächter bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Aber ich habe keine Hauptgegner, meine Damen und Herren.

Die Menschen wollen in diesem Land - da können Sie ruhig lachen - keinen Parteienstreit. Sie wollen klare Konzepte für die Zukunft. Sie wollen keine Experimente beim Zusammenhalt des Landes, bei der Bildung, bei der Inklusion. Wo sind da Ihre Programme? Wo sind Ihre Antworten zur Infrastruktur?

Herr Ministerpräsident, Sie bestimmen die Richtlinien der Politik, Sie sind dem Landtag verantwortlich. Tun Sie das, was Ihr gutes Recht, aber auch Ihre Pflicht ist, und sorgen Sie dafür, dass bis zum 14. September 2014 dieses Land gut regiert wird! Sorgen Sie für Klarheit in den Entscheidungen der ILB! Sorgen Sie für Klarheit in den Strukturen des Wirtschaftsministeriums, denn das können Sie mit diesem Wirtschaftsminister nun wirklich nicht mehr anstellen.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Aha!)

Sie haben noch fünf Monate Zeit. Nutzen Sie diese Zeit und verschenken die verbleibenden Monate nicht!

Eines ist klar: Leben Sie die Tugenden der Brandenburger! Sie sind fleißig, engagiert, ehrlich und heimatverbunden. Das ist diese Landesregierung eben nicht. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und B90/GRÜNE)

Präsident Fritsch:

Wir setzen mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Der Abgeordnete Ness spricht.

Ness (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was machen wir hier heute eigentlich?

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich muss sagen, ein paar Antworten habe ich mir von der Rede des Gesundheitspolitischen Sprechers der CDU-Fraktion versprochen, aber es war keine Antwort zu erkennen. Ich glaube, wir sollten trotzdem noch einen Augenblick darüber nachdenken. Ich glaube nämlich, dass die Entscheidung für die heutige Sondersitzung einer sehr genauen Betrachtung würdig ist.

Ich will Ihnen ganz klar meine Einschätzung sagen, warum wir hier heute zusammengekommen sind: Wir sind hier heute zu einer Sondersitzung als Teil einer Wahlkampfszenierung der Brandenburger CDU zusammengekommen, und das halte ich für einen Missbrauch dieses Hohen Hauses.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich will noch ein paar Sätze dazu sagen, wie diese Inszenierung zustande gekommen ist. Sie ist nämlich ein gigantisches

Manöver zur Ablenkung von den eigenen Problemen der Brandenburger CDU-Fraktion.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wie es zur heutigen Wahlkampfszenierung als Ablenkungsmanöver gekommen ist, können wir uns anhand der Terminkette anschauen. Am Montag, dem 27. Januar 2014, wurde bekannt, dass der Kollege Eichelbaum von der CDU-Fraktion die Einstellung eines staatsanwaltschaftlichen Verfahrens wegen falscher Angaben zu seinem Wohnsitz gegen Zahlung von - man höre und staune! - 20 000 Euro akzeptiert hat.

(Zurufe von der SPD: Hört, hört! - Vogel [B90/GRÜNE]: Ist Kossanke billiger?)

Natürlich sind an diesem Tag sofort Forderungen laut geworden, dass der CDU-Kollege Eichelbaum umgehend seinen Posten als Vorsitzender des Rechtsausschusses aufgeben müsse. Es ist weiterhin - völlig berechtigt - die Forderung erhoben worden, dass der Kollege Eichelbaum die offensichtlich zu viel gezahlten Fahrtkostenpauschalen in einer Gesamthöhe - eine Zeitung hat geschrieben - von etwa 20 000 Euro an die Landtagsverwaltung zurückzahlen müsse.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich gebe zu, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, eine ausgesprochen peinliche Situation für Ihre Fraktion - und dann auch noch der Zeitpunkt, direkt zu Beginn eines Wahlkampfsjahres. Das ist nun wirklich - wie sagt man? - unschön.

(Senfleben [CDU]: Macht eine Umfrage!)

Da ich auch, wie Sie wissen, ein wenig Wahlkampf Erfahrung habe, weiß ich, was einem dabei durch den Kopf geht, und offensichtlich haben Sie deshalb zwischen Montag, dem 27. Januar, und dem darauf folgenden Dienstag entschieden, dass Sie von Herrn Eichelbaum ablenken müssen.

(Jungclaus [B90/GRÜNE]: Da überschätzen Sie die CDU aber!)

Ich verstehe Sie ja, Herr Dombrowski, Herr Senfleben, Herr Schierack oder wer gerade bei Ihnen das Sagen hat - man weiß es ja nicht so genau -: Sie hatten keine Lust, auf Ihrer Pressekonferenz am Dienstag ständig Fragen zu Herrn Eichelbaum zu beantworten. Also, was haben Sie gemacht? Sie haben Herrn Eichelbaum als Rechtsausschussvorsitzenden aus dem Verkehr gezogen, um nach dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung“ eine Sondersitzung des Landtags zu einem - das sage ich hier ganz deutlich - an den Haaren herbeigezogenen Thema zu beantragen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Dazu gleich noch mehr, aber zunächst noch ein paar Worte zu Herrn Eichelbaum. Herr Eichelbaum, Sie sind als Vorsitzender des Rechtsausschusses zurückgetreten. Das war notwendig und richtig. Danke dafür und wirklich auch meinen Respekt. Aber ich sage Ihnen auch: Das ist erst die erste von zwei notwendigen Konsequenzen. Ich fordere Sie deshalb hier von dieser Stelle aus auf: Zahlen Sie umgehend die Fahrtkostenpauschalen an

die Landtagsverwaltung zurück, die Sie seit 2009 eindeutig zu viel erhalten haben.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Sehr geehrter Herr Kollege Eichelbaum, nehmen Sie diese Aufforderung sehr ernst. Hier geht es nicht nur um Ihr persönliches Ansehen und Ihre Integrität. In Ihrem Fall geht es auch um das Ansehen aller Volksvertreterinnen und Volksvertreter dieses Hohen Hauses.

(Burkardt [CDU]: Scherzkeks!)

Wir alle hier wissen, dass wir als Abgeordnete von den Bürgern sehr genau beobachtet werden. Wenn der Eindruck entsteht, dass sich einer von uns ungerechtfertigt bereichert, schadet das dem Ansehen aller, aber auch der Demokratie insgesamt.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Und bei Ihnen, lieber Kollege Eichelbaum, ist es offensichtlich so, dass Sie aus Steuermitteln eine überhöhte Fahrtkostenpauschale in Anspruch genommen haben. Also bitte ich Sie ganz persönlich noch einmal in Ihrem eigenen Interesse, aber auch im Interesse des Ansehens der Demokratie in Brandenburg: Zahlen Sie das Geld zurück!

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, die Sie hier mit großem Tamtam eine Sondersitzung des Landtags beantragen: Kümmern Sie sich lieber um die Probleme in Ihren eigenen Reihen! Klären Sie umgehend den Fall Eichelbaum! Und wenn Sie schon einmal dabei sind, dann kümmern Sie sich gleich auch noch um Ihren Kollegen Petke.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Auch im Fall Petke ermittelt die Staatsanwaltschaft. Hier steht der fast unglaubliche Vorwurf im Raum, dass der Kollege Petke einen Wachmann des Landtages als Nazi beschimpft habe, weil dieser ihm nicht den Parkplatz zugestanden habe, den Petke sich ausgesucht hatte. Auch dieser Vorgang wird in der Öffentlichkeit mit Recht als ein unermesslicher Schaden für das Ansehen dieses Hohen Hauses betrachtet.

Sehr geehrter Herr Dombrowski, sehr geehrter Herr Schierack, das alles geschieht unter Ihrer Verantwortung. Weichen Sie dieser Verantwortung nicht länger aus! Klären Sie diese Vorgänge und sorgen Sie endlich dafür, dass Schaden vom Ansehen des Parlaments und des Landes Brandenburg abgewendet wird.

(Zuruf von der CDU: Wie peinlich!)

- Ja, ich weiß, dass Ihnen das peinlich ist, und ich bin noch längst nicht am Ende.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, denken Sie darüber nach, ob Sie Ihren Kurs in die Isolation selbst in der Opposition - weder FDP noch Grüne wollten Ihnen bei Ihrem Antrag zu dieser Sondersitzung folgen - wirklich fortsetzen wollen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich möchte mich an dieser Stelle deshalb ausdrücklich bei den Kolleginnen und Kollegen von FDP und Grünen dafür bedanken, dass Sie den Antrag für die heutige Sondersitzung nicht unterstützt haben. Das zeigt nicht nur Ihre selbstverständliche Eigenständigkeit in der Opposition. Es zeigt auch, dass Sie das Parlament sehr ernst nehmen und sich im Gegensatz zur CDU-Fraktion nicht für Inszenierungen missbrauchen lassen. Dafür meinen herzlichen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Lassen Sie mich nun noch ein paar Anmerkungen zur aktuellen Diskussion über die Förderpolitik im Land Brandenburg machen. Erste Anmerkung: Mich erstaunt die unglaubliche Selbstgewissheit und Selbstvergessenheit der CDU-Fraktion in beiden aktuell diskutierten Fällen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, nur zur Erinnerung: Sie haben bis 2009 dieses Land zehn Jahre mitregiert und während dieser ganzen Zeit den Wirtschaftsminister gestellt.

(Bischoff [SPD]: Vergessen?)

Die Herren hießen übrigens - falls Sie es vergessen oder verdrängt haben - Fűrniß und Junghanns. Nachdem Herr Fűrniß, gegen den übrigens aktuell wieder die Staatsanwaltschaft Heidelberg wegen Betrugsverdachts ermittelt, sehr unrühmlich das Amt und dieses Bundesland verlassen musste, hat Herr Junghanns dieses Amt übernommen.

Falls Sie es vergessen haben sollten: Herr Junghanns war auch Ihr Landesvorsitzender, der Landesvorsitzende der CDU. In die Amtszeit von Herrn Junghanns fielen auch die Ansiedlungen von Odersun und die Fördermittelbescheide für HBS in Luckenwalde.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

HBS hat sich seit 2005 um Fördermittel bemüht. 2008 sind die Förderbescheide ergangen. Also, Herr Homeyer, wenn Sie jetzt heruntönen, dass man von Anfang an hätte wissen können, dass dieses Unternehmen total unseriös ist, dann frage ich Sie: Warum haben Sie das damals als Abgeordneter dieses Hauses nicht Ihrem Minister und Landesvorsitzenden Junghanns gesagt?

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Herr Homeyer, ich gebe Ihnen einen dringenden Rat: Schreiben Sie nicht die Geschichte um! Nicht unter der politischen Verantwortung von Herrn Minister Christoffers ist die Förderung von HBS entschieden worden. Herr Christoffers hat hier das Erbe Ihres Ministers angetreten, Herr Homeyer, und dieses Erbe konnte er rechtlich nicht ausschlagen. Der Fehler war gemacht, und zwar unter der Verantwortung eines CDU-Ministers.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Zweite Anmerkung: Ich finde, dass die politische Kultur in Brandenburg in den letzten Tagen Schaden genommen hat.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Jetzt gerade auch!)

Es ist das legitime Recht einer Opposition, den Rücktritt eines Ministers zu fordern, doch wer den Rücktritt damit begründet,

dass der Minister ein Lügner sei, muss das schon sehr stichhaltig belegen können. Genau das, liebe Kolleginnen und Kollegen von FDP und CDU - muss ich an dieser Stelle sagen -, sind Sie aber schuldig geblieben.

Ich und viele andere haben Ihren Auftritt, Herr Homeyer, im rbb gesehen. Mein Eindruck war: Nachdem Sie in Akten Einsicht genommen hatten, war Ihr Auftritt sehr, sehr kleinlaut, und ich habe dann nicht mehr das Wort „Lüge“ gehört.

(Beifall sowie Lachen bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Sie haben in den Unterlagen nach eigenen Aussagen keinen Beleg dafür gefunden, dass Herr Minister Christoffers gelogen hat. Was Sie sagen, ist, dass Ihr Gefühl Ihnen sagt, dass der Minister gelogen habe. Ich sage Ihnen eindeutig: Ich respektiere Ihre Gefühle, aber ich finde, die sollten Sie für sich behalten.

(Starker Beifall SPD und DIE LINKE)

Diese Art des Umgangs werden wir nicht akzeptieren, auch nicht unter politischen Konkurrenten. Ich fordere Sie deshalb auf - das geht an Sie, Herr Homeyer, und an Sie, Herr Beyer -:

(Zuruf: Rücktritt!)

Legen Sie entweder eindeutige Beweise dafür vor, dass Herr Christoffers gelogen hat, oder tun Sie etwas, was in den Restriktions Ihres bürgerlichen Anstands vielleicht noch vorhanden ist: Nehmen Sie Ihren Vorwurf förmlich zurück und entschuldigen Sie sich hier und heute!

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Dritte und letzte Anmerkung: Der Fall HBS zeigt, dass das Land Brandenburg betrogen worden ist. Das muss und das wird Konsequenzen haben, und zwar andere, als Sie von der CDU-Opposition sie fordern. Ich begrüße für die SPD-Fraktion ausdrücklich, dass Ministerpräsident Woidke in Abstimmung mit Wirtschaftsminister Christoffers angekündigt hat, dass seine Regierung gemeinsam mit der ILB Vorkehrungen treffen wird, um es in Zukunft Betrügnern, die es immer wieder geben wird, unmöglich zu machen, missbräuchlich an Fördergelder des Landes Brandenburg heranzukommen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Das ist die richtige Konsequenz aus den Debatten der vergangenen Tage.

Zum Abschluss einige persönliche Worte an Sie, Herr Schierack: Sie haben gefordert, dass Ministerpräsident Woidke eine Regierungserklärung abgibt. Was haben Sie denn da erwartet? Dass der Ministerpräsident gebeugten Hauptes ans Rednerpult schleicht?

(Prof. Dr. Schierack [CDU]: Kann er doch machen!)

Dass er dann Minister Christoffers entlässt, anschließend die rot-rote Koalition auflöst und Sie zum stellvertretenden Ministerpräsidenten beruft?

(Lachen bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Und anschließend - ich versuche, mir Ihre Phantasie vorzustellen - werden dann Saskia Ludwig als Wirtschaftsministerin, Sven Petke als Innenminister und Danny Eichelbaum als Justizminister berufen?

(Beifall sowie Gelächter bei SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Also, liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger, das ersparen wir diesem Land wirklich!

Sehr geehrter Herr Schierack, als Sie gemeinsam mit Herrn Dombrowski Ihre Vorsitzende Frau Ludwig weggeputscht haben, haben Sie diesem Land eine andere, eine bessere CDU versprochen. Davon ist mit der heutigen Sitzung nichts übrig; das heute ist der Rückfall der Brandenburger CDU in die finsternste Zeit von Saskia Ludwig.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Beyer.

Beyer (FDP): *

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach den ersten Redebeiträgen bin ich mir nicht ganz so sicher, ob wir uns nicht fragen sollten: Was machen wir hier? - Ich befürchte eher, dass die Brandenburgerinnen und Brandenburger sich fragen: Was machen die da eigentlich?

(Beifall FDP, CDU und B90/GRÜNE)

Wie immer man das Zustandekommen dieser Sondersitzung beurteilt, auf alle Fälle ist sie Anlass genug, über das eine oder andere Geschehnis im Land Brandenburg zu reden - zweifelsohne.

(Beifall B90/GRÜNE)

Seit Wochen erleben wir nun eine öffentlich geführte Debatte um die Arbeitsfähigkeit im Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums. Im Fokus stehen dabei ein zunächst gewollter und dann ungeliebter Staatssekretär, Fördermittelskandale bezüglich der Firmen Odersun und HBS, ungeklärte Zuständigkeiten zwischen dem Ministerium und der Förderbank, die Weitergabe von vertraulichen Papieren mit den dazugehörigen gegenseitigen Verdächtigungen - und mittendrin ein Minister, der einmal nicht gehört haben will, was er sagte, und ein anderes Mal nicht verstanden haben will, was er nicht gesagt hat.

Ich hatte in der vergangenen Woche Gelegenheit, innerhalb von knapp vier Stunden Einsicht in die Fördermittelakte zum HBS-Skandal zu nehmen. Besonders betroffen hat mich dabei ein Aktenvermerk gemacht, der - bei Licht betrachtet - eigentlich nur eine Randnotiz, letztlich eine Petitesse ist, aber wie kein anderer ein Licht auf unser Land wirft. Dieser Gesprächsvermerk ist über ein Telefonat mit einem sogenannten „Hinweisgeber“ erstellt, der die ILB darüber informiert, dass im November 2011 im Zusammenhang mit einem Termin des Ministerpräsidenten in der Nähe der Baustelle der HBS - es war zu be-

fürchten, der Ministerpräsident werde dort vorbeifahren - aus den USA die Order gekommen sei - ich zitiere jetzt wörtlich -, „an diesem Tag auf der Baustelle einige Bagger auf- und abfahren zu lassen und einige Bauarbeiter rumlaufen zu lassen.“ Leider ist Kollege Platzeck heute nicht anwesend. Ich hätte ihm hier gern persönlich gesagt - das hole ich nach -: Als ich das gelesen habe, ist mir zum ersten Mal in meinem Leben klar geworden, was einige Zeitgenossen damit meinen, wenn sie Brandenburg als „kleine DDR“ hinstellen.

(Beifall FDP und CDU - Oh! bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe vor einiger Zeit an diesem Rednerpult - nicht an diesem, sondern noch auf dem Brauhausberg - den damaligen Ministerpräsidenten in gewisser Weise verteidigt. Ich habe damals dargelegt, dass Brandenburg doch keine Bananenrepublik sei. Als ich vor drei Wochen zum ersten Mal - zum Fall Odersun - umfänglich in dieser Akte Einblick nahm, war ich meiner damaligen Aussage nicht mehr ganz so sicher. Anlass ist dieser Aktenvermerk.

(Abgeordneter Beyer hält ein eingerahmtes, mit handschriftlichen Notizen versehenes Schriftstück in Richtung des Plenums.)

Ich habe ihn eingerahmt. Das ist das erste Bild, das ich hier am Markt aufgehängt habe. Es ist ein handschriftlicher Vermerk. Liebe Kollegen, Sie müssen sich nur meine Handschrift wegdenken und die - noch etwas unleserlichere - Handschrift des Ministers dazudenken: „Meine Entscheidung, das Darlehen zu vergeben, beruht auf folgenden fünf Gründen ...“ Dann folgen die fünf Gründe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so werden im Land Brandenburg 3 Millionen Euro Fördermittel bewilligt. So, genau so!

(Heiterkeit und Beifall FDP, CDU und B90/GRÜNE)

Nein, in einer Bananenrepublik leben wir in der Tat nicht; denn was die Bananen anbelangt, haben wir schlichtweg das Klima dafür nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor allen Dingen: Werter Herr Minister! Ich will bei dieser Gelegenheit einige Dinge sehr deutlich klarstellen.

Ich erwarte von einem Wirtschaftsminister, dass er sich gemäß seinem Amtseid mit ganzer Kraft auch persönlich - ich sage ausdrücklich: auch persönlich - um die Anwerbung von Investoren bemüht. Dabei hat er selbstverständlich auch persönliche Gespräche zu führen. Er hat selbstverständlich auch mit Investoren - wenn es sein muss, persönlich - zu telefonieren. Und er kann sich natürlich, wenn es Sinn ergibt, auch im Ausland ein Bild über die Lage verschaffen und sich dort um Investoren bemühen.

Der Minister hat selbstverständlich - wenn er zu der Auffassung kommt - eine eigene Entscheidung auch gegen den Rat von Ratgebern zu exekutieren. Das ist sein gutes Recht, deshalb ist er Minister. Er ist eben kein Abzeichnungsonkel am Ende einer Befehlskette. Er ist Letztentscheider und damit auch der letztendlich Verantwortliche für seine Entscheidung. Genau aus diesem Grund steht er im Besonderen in der Pflicht, seine Entscheidung wohl abzuwägen, wohl zu dokumentieren

und am Schluss gegebenenfalls die Verantwortung dafür zu übernehmen.

Herr Minister, im Fall Odersun habe ich Ihnen nicht vorgeworfen, dass Sie zu der Auffassung gelangt sind, die Rettungsbeihilfe schlussendlich zu gewähren. Nach meiner Meinung haben Sie sich dabei im Bereich einer Abwägung befunden.

Ich werfe Ihnen aber sehr wohl vor, dass Sie am 19.01.2012 - nachdem Ihnen mitgeteilt worden war, dass der russische Zweitinvestor ausgestiegen ist - nicht die Reißleine gezogen haben. Über das gesamte Verfahren hinweg war unmissverständlich klar, dass Rusnano nur dann investieren würde, falls ein Zweitinvestor in gleicher Höhe, mit 25 Millionen Euro, einsteigt; nur dann wäre es zu dieser Investition von Rusnano gekommen. Hier ging es nicht mehr um eine Abwägung; denn es war nichts mehr abzuwägen. Nach der Absage aus Moskau war die Sachlage klar.

Nein, Herr Minister, Sie haben sich damals in einem persönlichen Gespräch mit den Investoren, an dem übrigens auch Ihr Vorgänger im Amt, Herr Junghanns, als Berater der Investoren teilgenommen hat, unter Zeitdruck setzen lassen. Und Sie haben nach meiner persönlichen Meinung eine ganz klare Fehlentscheidung getroffen, von der wir gegenwärtig noch nicht wissen, wie teuer sie das Land insgesamt zu stehen kommen wird. Herr Minister, das Schlimme daran ist: Sie haben es keine neun Monate später wieder getan.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann in einer Plenardebatte nicht zwei Förderfälle minutiös aufarbeiten - nicht in 15 Minuten, nicht in 30 Minuten; das ist von der Redezeit relativ unabhängig. Dennoch möchte ich einige weitere Punkte klarstellen. Herr Minister, glauben Sie mir: Ich gehöre nicht zu jenen Zeitgenossen, die einfach so, aus einer politischen Laune heraus einen anderen Menschen als Lügner bezeichnen. Aber im Fall HBS haben Sie nach meiner festen Überzeugung gelogen.

(Vereinzelt Beifall CDU)

Aus Ihrem Verhalten und aus der Akte zu der Zeit um den 26.09. wird in völliger Klarheit deutlich, dass Sie persönlich zwar nicht in einer Weisung - wohlmerkt; wer es gut mit Ihnen meint, mag Ihnen diesbezüglich sogar Bauernschläue unterstellen -, aber eben faktisch für die Auszahlung der Fördermittel Sorge getragen haben.

Noch am Vortag - so geht es zweifelsfrei aus dem vorbereiteten Gesprächsvermerk Ihres Hauses hervor - hatte sich die ILB geweigert, und zwar wohldokumentiert und wohlbegründet, einer Auszahlung der Fördermittel zuzustimmen.

Am Tag nach Ihrem Gespräch ist dann alles ganz anders: Es wird sofort, innerhalb von nur zwei Tagen, ausgezahlt. Es wird ohne jegliche Inaugenscheinnahme der Investgüter ausgezahlt. Es wird ohne jede Reduzierung eines Betrages ausgezahlt, wobei den letzten Punkt die ILB übrigens zwei Tage später nicht so vollzogen hat; sie hat den Betrag in der Tat um 1 Million Euro gekürzt. Offensichtlich war das das Mindestmaß an zivilem Ungehorsam gegenüber einem außer Rand und Band geratenen Minister, den die ILB gerade noch so riskieren konnte.

(Beifall FDP, CDU und B90/GRÜNE)

Was war da passiert, Herr Minister, an jenem 26. September? Sieben Personen saßen auf Ihre Einladung hin zusammen. Drei waren Vertreter des Investors; die Interessenslage dieser drei Personen ist klar. Es bleiben also vier übrig. Zwei davon, die Vertreter der ILB, waren bis zum Vortag auf allen Kanälen und wohldokumentiert gegen die Auszahlung. Einer - der Vertreter aus Ihrem Ministerium, Ihr Referatsleiter - schrieb Ihnen noch am Vortag - ich zitiere wörtlich -:

„Aus Sicht des Referates kann MWE nicht optimierend in das Verfahren eingreifen.“

Herr Minister, es bleibt nur noch einer übrig: Sie bleiben übrig! Sie allein wollten die Auszahlung, und Sie allein haben sie letzten Endes veranlasst - und das, sehr geehrter Herr Minister, nachdem die ILB noch 15 Tage zuvor, am 11. September 2012, eine Ergänzung zu der Strafanzeige vom April desselben Jahres an die ILB übermittelt hatte.

Sehr geehrter Herr Minister, kommen Sie mir bitte nicht damit, man habe ja auszahlen müssen, weil Schadensersatzforderungen gedroht hätten. In keinem der drei dokumentierenden Vermerke aus diesem Zeitraum - nicht im Vorbereitungsvermerk vom 25. September, nicht im Gesprächsvermerk vom 26. September, auch nicht im Vollzugsvermerk vom 28. September - taucht auch nur ansatzweise irgendein Hinweis darauf auf, dass sich die Beteiligten aus der Zwangssituation der Abwendung von möglichen Schadensersatzforderungen heraus zur Auszahlung entschlossen hätten. Nirgendwo taucht das auf!

Wer deutsche Beamte kennt, der weiß: Das wäre ja der Grund gewesen, sich abzusichern. Das wäre aufgetaucht, wenn es so gewesen wäre. Aber das war ja letzten Endes auch inhaltlich Blödsinn, da die HBS weder die notwendige Bestätigung der Hausbank noch die notwendige Bonitätsprüfung vorgelegt hatte. Es bestand gar kein Rechtsanspruch auf Auszahlung der Mittel!

(Beifall FDP und CDU)

Nein, Herr Minister, Sie wollten - aus welchen Gründen auch immer; ich kenne sie nicht - auszahlen, und Sie haben die Auszahlung veranlasst. Jegliche andere Behauptung, Herr Minister, ist eine Lüge.

Delikat sind dabei so manche Ihrer Schutzbehauptungen und die eine oder andere Randnotiz in diesem Fall. Interessant sind auch die Aktenbelege, in denen dokumentiert ist, dass Ihr Staatssekretär Heidemanns Ihnen von weiteren persönlichen Treffen mit dem Investor dringlich abgeraten hat - dringlich abgeraten hat! Man kann nur vermuten, dass das einer der vielen Gründe war, warum er letzten Endes gehen musste.

(Ah! bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Herr Minister, ich gestehe an dieser Stelle gern, dass mir so manche öffentliche Erklärung der letzten Tage leichter gefallen wäre, wenn es nicht um Sie gegangen wäre. Sie gehören immerhin zu denjenigen Regierungsmitgliedern, die nicht alles - oder fast alles - falsch gemacht haben; auch solche gibt es in der rot-roten Landesregierung. Aber Sie haben sich selbst in diese Lage gebracht. Sie haben Fehler gemacht und besitzen nicht die Größe, diese zu bekennen. Sie haben sich immer tiefer in ein Lügengebäude verstrickt. Nach Ihrer letzten Erklärung

werden Sie wohl auch noch die kommenden rund acht Monate auf der Regierungsbank absitzen wollen. Schade, kann ich da nur sagen. Brandenburg brauchte eigentlich in jedem dieser acht Monate einen Wirtschaftsminister, der noch etwas bewegen kann.

Herr Ministerpräsident, fortwährend bestimmen Negativschlagzeilen die Berichterstattung über die Landesregierung. Beispiele dafür sind der Rücktritt des Justizministers, die Personalquerelen im Wirtschaftsministerium, das Versagen bei der Polizeireform, die vielfältigen Defizite im Bildungsressort - ich will sie gar nicht aufzählen - sowie permanente und erfolgshemmende Koordinationsprobleme zwischen Agrar- und Umweltressort. Das alles wird verstärkt von einem geradezu skandalösen Versagen der Landesregierung bei der Bewältigung der bis heute ungelösten Probleme rund um den Neubau des Flughafens Berlin-Brandenburg.

Herr Ministerpräsident, Sie haben kurz vor Ihrem Regierungsantritt gesagt, Sie wollten eine Ackerfurche durch das Land ziehen. Ich persönlich war lediglich deshalb etwas skeptisch, weil Sie sagten, Sie wollten nur eine ziehen, eine persönliche. Nun gut, Sie sind halt etwas bescheidener als ich. Ich hätte in ähnlicher Lage wahrscheinlich von mehreren Ackerfurchen geredet. Aber ich habe damals gedacht: Na ja, der Mann hat etwas vor. Von den passenden Werkzeugen scheint er offensichtlich auch etwas zu verstehen.

Was ist denn nun mit der Furche, Herr Ministerpräsident? Ich sehe keine. Ich sehe Stillstand. Ich sehe ein Sich-über-die-Zeit-Retten. Ich sehe ein Sich-Durchwurschteln. Und noch nie zuvor habe ich ein so visionsloses Agieren einer Landesregierung erlebt.

(Widerspruch bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Werte Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, da sitzen Sie - die Enkel von Willy Brandt und Helmut Schmidt.

(Heiterkeit bei FDP und CDU)

Willy Brandt und Helmut Schmidt waren zweifelsohne zwei der großen Kanzler der Republik; das betone ich gern. Beide hatten den Mut, in schwerer Zeit und auf schwerem Boden - so viel zur Ackerfurche - eine Furche durch das Land, durch die Republik zu ziehen: der eine mit kleinen, aber umso angemesseneren und erfolgreichen Schritten, der andere, der standhaft blieb, als die eigene Truppe von der Fahne ging und in noch manch anderer schwerer Stunde.

Werte Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, Sie lassen sich gelegentlich in sozialen Netzwerken und an anderer Stelle gern damit zitieren, dass Sie neben der schlechtesten CDU der Republik saßen. Ich will diese Aussage weder bewerten, noch will ich sie - das sage ich ausdrücklich - mir zu eigen machen. Aber eines will ich Ihnen an dieser Stelle schon sagen: Achten Sie darauf! Achten Sie darauf, dass die Truppe, die auf der anderen Seite von Ihnen sitzt, nicht eines Tages ursächlich dafür ist, dass man sagt, in diesem Hause säße die schlechteste SPD der Republik.

(Beifall FDP und CDU - Lachen bei der SPD)

Werte Kolleginnen und Kollegen, seit 1994 fehlt dem Land jeglicher ordnungspolitischer Kompass, allem voran in der Wirt-

schaftspolitik. Das ist die Ursünde, die maßgeblich dafür ist, dass unser Land anfällig geworden ist. Der klare, nüchterne Blick, den die Brandenburger haben, fehlt leider der politischen Klasse in diesem Land; er ist verlorengegangen. Das Schlimmste daran ist: Wir haben es nicht geschafft, jene Aufbruchstimmung zu erhalten, die die Politik von 1990 bis 1994 bestimmt hatte.

(Zuruf der Abgeordneten Kaiser [DIE LINKE])

- Ja, ja. Ganz ruhig! Einen Moment müssen Sie noch durchhalten. - Eine brandenburgische Tageszeitung titelte heute kurz und knapp - mir hat es gefallen, auch weil es so prägnant ist -: „Das Versagen“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist bitter, wahrnehmen zu müssen, welche Fehlentwicklungen unser Land seit Jahren bestimmen. Es ist noch bitterer, wahrnehmen zu müssen, was diese rot-rote Landesregierung in nur vier Jahren dem noch oben drauf gesetzt hat. Das ist bitter.

Wir haben diese Sondersitzung nicht beantragt, aber wir bedanken uns natürlich herzlich bei den Kollegen von der SPD und den Linken für diese herrlichen Wahlkampfvorlagen. Sie dürfen sicher sein: Wir nehmen die Herausforderung an. Zahltag ist der 14. September. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU und B90/GRÜNE - Demonstrativer Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Mächtig setzt für die Linksfraktion fort.

Frau Mächtig (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was machen wir hier eigentlich? Sie von der CDU reden von den Bürgerinnen und Bürgern des Landes - und mir scheint eher, Sie stehen auf einem Berg, schreien: „Skandal! Skandal!“, und freuen sich über das Echo; dabei vergessen Sie, dass weder auf den anderen Bergen noch im Tal jemand steht.

(Beifall des Abgeordneten Büchel [DIE LINKE])

Schade, Herr Beyer! Sie sagen, was Sie im Auge haben. Mir scheint, Sie sind auf einem Auge blind. Da reden wir nicht über die Auszeichnung des Ausschusses der Regionen, der Brandenburg zur Unternehmerregion 2011 kürte. Da reden wir nicht über die Auszeichnung des Instituts der deutschen Wirtschaft, das Brandenburg im Länderranking zum Dynamiksieger machte. Da reden wir auch nicht von der Auszeichnung der Europäischen Union, die das Land „als Region of Excellence“ ausgezeichnet hat.

(Frau von Halem [B90/GRÜNE]: Das tut auch nichts zur Sache!)

Wir reden auch nicht über 550 Lehrerinnen und Lehrer, die wir allein in diesem Schuljahr eingestellt haben, und 900 bzw. 1 000, die wir im kommenden Schuljahr werden einstellen können. Wir reden auch nicht über Neueinstellungen in der Justiz, was seit der Wende nicht mehr möglich war.

(Zuruf des Abgeordneten Senftleben [CDU])

Wir reden schon gar nicht darüber, dass uns ein besserer Hochwasserschutz gelingt, und auch nicht darüber, dass die Gesundheitsstudiengänge an der BTU Cottbus in Senftenberg erfolgreich gestartet sind.

(Beifall DIE LINKE sowie vereinzelt SPD)

Weil Sie all das nicht sehen, nehmen Sie einfach mit: Auch das gehört zur Wahrheit dieses Hauses.

Ich glaube, Sie wollen gar keine Auseinandersetzung mit der Regierung, Sie wollen eine Showbühne - und dazu missbrauchen Sie das Parlament; Kollege Ness hat es bereits gesagt. Das ist, finde ich, ein unerhörter Vorgang. Ihre Respektlosigkeit auch gegenüber den Menschen unseres Landes hat ein Ausmaß erreicht, dass es mich nicht mehr wundert, dass Politikerinnen und Politiker allgemein keinen guten Ruf genießen.

Meine Damen und Herren, nehmen Sie doch endlich zur Kenntnis, dass von Ihren haltlosen Unterstellungen nichts, aber auch gar nichts als heiße Luft geblieben ist. Da können Sie sich noch so sehr aufspielen.

Es hilft Ihnen im Übrigen auch nicht, wenn Sie Daten und Ereignisse willkürlich durcheinanderwürfeln. Der mündige Bürger und auch die mündige Bürgerin lassen sich kein X für ein U vormachen.

Wenn Sie über Odersun oder HBS reden: Allein in der Förderperiode von 2007 bis 2013 wurden 5 500 Projekte mit insgesamt 1,35 Milliarden allein an Euromitteln gefördert, 5 700 Arbeitsplätze konnten damit geschaffen und unter anderem 333 Kilometer Straßen instand gesetzt werden. Wenn das nichts ist, dann, glaube ich, leiden Sie an Realitätsverlust.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Zu Odersun sei gesagt: Hier geht es um die Frage der politischen Intervention, die sich über Empfehlungen und Entscheidungen der Verwaltung hinwegsetzt. Dass Minister Christoffers dabei nach Recht und Gesetz gehandelt hat, ist mittlerweile mehrfach belegt,

(Gelächter bei der CDU)

auch, wenn dies hier von der Opposition logischerweise weiter bestritten wird.

(Zuruf des Abgeordneten Senftleben [CDU])

Das Risiko, das er einging, war zudem ein abgesichertes Risiko; Sie hätten es wissen können, wenn Sie die Akten gelesen hätten.

(Zurufe von der CDU)

Dabei ging es - Sie wissen es - um die Chance, Arbeitsplätze zu erhalten. Hätte er es nicht getan, wäre die Debatte eine andere, und ich höre förmlich Herrn Homeyer rufen: Ein linker Wirtschaftsminister hat 260 Arbeitsplätze vernichtet, ein Skandal, ein Skandal!

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Ach, Ihr Spiel ist so durchschaubar!

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie waren zehn Jahre in der Regierung. Sie wissen ganz genau, dass ein Minister einen verantwortbaren politischen Spielraum haben muss.

(Zuruf des Abgeordneten Senfleben [CDU])

Ansonsten wären wir beim Verwalten. Das mag für Sie reichen, wir wollen gestalten. Das unterscheidet uns grundsätzlich.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Und, ja - beim Gestalten bleibt ein Risiko, ein sogenanntes Restrisiko.

(Zurufe von der CDU)

Dies im Interesse des Landes so gering wie möglich zu halten ist unsere Aufgabe. Doch kein Mensch ist unfehlbar, auch wenn sich manche, wie Sie, dafür halten.

Meine Damen und Herren! Herr Präsident! So etwas hatten wir schon mal, so etwas haben einige von uns auch schon mal durchlebt - Apparate, in denen bis zur Spitze Entscheidungsfähigkeit, Risikoangst, Obrigkeitgläubigkeit und die Abkehr von den Herausforderungen des wirklichen Lebens herrschte. Nein, das will ich nicht mehr. Und Sie, meine Damen und Herren von der CDU, sagen doch immer, das, was in der DDR war, wollten Sie nie wieder haben. Dann bleiben Sie doch endlich einmal konsequent, wenn es um die Lehren der Geschichte geht, ein einziges Mal nur!

(Beifall DIE LINKE sowie vereinzelt SPD)

Wenn man sich aber zum vertretbaren Risiko bekennt, ist die politische Intervention nur dann denkbar, wenn man davon ausgehen kann, dass die politische Klasse des Landes im Falle des Scheiterns schon ein Auge zudrücken wird; das wäre dann Kumpanei statt basispolitischen Handelns, die Recht und Gesetz kollektiv ausblenden würde. Sie wäre aber auch nicht viel besser, wenn sie sich in einem Raum ausbreiten würde, der durch Recht und Gesetz nicht oder nicht hinreichend geregelt ist.

Ein Minister muss Handlungsfreiheit haben, natürlich auf der Basis von Recht und Gesetz. Aber die Spielräume für Recht und Gesetz dürfen auch nicht durch moralischen Rigorismus, durch Hasenjagd eingeschränkt werden. Sonst nehmen am Ende auch Recht und Gesetz Schaden. Allerdings, Recht und Gesetz müssen auch davor bewahrt werden, durch Interpretierbarkeit, durch eigene Widersprüchlichkeit Schaden zu nehmen, dadurch, dass Sie auf komplizierter werdende, sich wandelnde Bedingungen nicht mehr so recht passen. Das aber ist unsere gemeinsame Aufgabe, meine Damen und Herren, auch die der Opposition.

Wir sind das Parlament, und das Parlament ist dazu da, gute Gesetze zu machen, gute Gesetze, auf deren Basis es sich dann aber auch bitte gut regieren lässt. Unsere - meine Damen und Herren, ich sage: unsere - Gesetzgebung muss so gut, so präzise und so zielorientiert sein, dass Zweideutigkeiten, innere Widersprüchlichkeiten und eklatante Lücken ausgeschlossen sind. Und natürlich haben wir auch die Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren.

Kommen wir zur HBS, ganz kurz nur:

(Zuruf des Abgeordneten Senfleben [CDU])

Es wundert mich schon, dass immer wieder Zeiträume, Zeitpunkte, Daten von Berichten, Vermerken, E-Mails entweder auf den Monat reduziert oder einfach weggelassen werden - um zu skandalisieren. Wer genau liest und genau hinsieht, sieht klarer, in vielerlei Hinsicht.

Dass der Firma überhaupt Zuschüsse bewilligt wurden, geht auf Ihre Kappe - mein Kollege sagte es schon - liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU. Der rechtmäßige Zuwendungsbescheid 2008 - wer hatte ihn erteilt? Herr Junghanns, CDU,

(Zuruf von der CDU: Dazu gab es aber auch Förderbedingungen!)

nicht Ralf Christoffers.

Und dann gibt es bei dem Durcheinander über den Zeitpunkt das Phänomen, dass jedes Jahr wieder September wird. Man sollte es nicht glauben! Hier sollte tatsächlich Klartext geredet werden. Gehaltsausfälle gab es im September 2013, die Zahlung der ILB erfolgte im September 2012.

(Senfleben [CDU]: Unter Junghanns?)

Erst im November 2012 erhielt die ILB durch die Aktenanforderung der Staatsanwaltschaft den Hinweis, dass staatsanwaltliche Ermittlungen eingeleitet wurden. Und es gab im April 2012 auch nicht 90 Hinweise auf Unzulänglichkeiten oder Zahlungshemmnisse, sondern das Referat 90 der ILB wies im April 2013 darauf hin, dass zahlreiche Hinweise vorliegen, die einer weiteren Zahlung entgegenstehen. - Nun, Zahlen haben es in sich.

Dies also führte im Mai 2013 dazu, dass Minister Christoffers der HBS mitteilte, dass bis zum Abschluss der staatsanwaltlichen Ermittlungen keinerlei weitere Zahlungen erfolgen werden.

Meine Damen und Herren, wir alle beschwören so gerne das Denken über die Legislaturperiode hinaus. Dabei geht es aber nicht nur um schöne Visionen. Jede Regierung hat Verantwortungsbewusstsein mit dem Erbe ihrer Vorgängerin umzugehen. Man kann als neue Regierung Weichen für die Zukunft anders stellen, neue Schwerpunkte beschließen, alte Regelungen auslaufen lassen. Aber was man nicht kann, ist, rückwirkend Gesetze zu ändern oder zurückzunehmen. Was nach Recht und Gesetz zugesagt worden ist, ist zugesagt. Aber es ist natürlich sehr wohl möglich, dass sich die Dinge bei den langen Innovationsprozessen und in einem komplexen, mitunter schnelllebigen Marktgeschehen anders entwickeln, als bei der Bewilligung vorauszusehen war. Dann muss der Lage entsprechend entschieden werden. Das ist ja nicht nur ein Problem im Wirtschaftsgeschehen. Es ist ein Problem von Investitionen insgesamt. Ich erinnere da auch einmal an Stuttgart 21.

(Gelächter des Abgeordneten Senfleben [CDU])

Unsere Instrumentarien für solche Situationen sind starr und passen nicht mehr auf die neuen Dynamiken heutiger Wirtschaftsprozesse - im Guten nicht, aber leider auch nicht im Schlechten.

Und die Schemata unseres Parteienstreites, meine Damen und Herren von der CDU, passen schon gar nicht, frei nach dem Motto: Wir haben etwas Gutes richtig angefangen, aber ihr verkürzt die Sache, und deswegen gehört ihr aus dem Amt getrieben! - Das funktioniert nicht, und wenn Sie es hier noch und noch wiederholen.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Und ja, es ist doch völlig klar: Wir brauchen ein funktionierendes Frühwarnsystem bei der Umsetzung von Gesetzen, Runderlassen, Bescheiden usw. Manches haben wir Politikerinnen und Politiker ja im Bauch. Manches kann man aus politischer und genereller Lebenserfahrung heraus erahnen. Aber ein rundum zuverlässiges Frühwarnsystem ist das noch nicht. Es braucht eine Verwaltung, die das leistet und in der entsprechende Impulse zum gemeinsamen Nutzen des Hauses zusammengeführt werden. Das muss eben auch dann klappen, wenn der Minister oder die Ministerin aus übergeordneten Erwägungen auf der Basis von Recht und Gesetz letztlich eine andere Entscheidung trifft, als es einer Verwaltung zustehen würde und als es die Verwaltung auch verantworten dürfte. Aber, meine Damen und Herren, ich darf daran erinnern: Deshalb werden Politiker und nicht Verwaltungen gewählt.

Ob es so, wie eben beschrieben, zwischen Verwaltung und politischer Spitze klappt, ist nicht nur eine Frage der internen Organisation und persönlicher Loyalitäten - es ist übrigens auch nicht eine Frage, Herr Beyer, ob Männer miteinander können oder nicht; auch Frauen können manchmal nicht miteinander, und Mann und Frau, wie wir wissen, noch öfter nicht -, sondern es ist eine Frage der politischen Kultur insgesamt, und die, so denke ich, hat durch Ihr Agieren, meine Damen und Herren der CDU, wesentlich gelitten.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Aber - und das will ich hier deutlich sagen - für diese politische Kultur sind wir gemeinsam verantwortlich, nicht wir allein, aber maßgeblich bestimmen wir mit, wie es um die politische Kultur in diesem Lande bestellt ist.

Deutlich gesagt, meine Damen und Herren: Der Wechsel zu Rot-Rot vor gut vier Jahren war von einigen hier im Saal und darüber hinaus nicht als normaler demokratischer Wechsel, sondern als Tabubruch - das meine ich übrigens mit politischer Kultur -, als märkische und nationale Ungeheuerlichkeit verstanden worden, als ein politisches Unding, das unbedingt ausgemerzt werden muss. Das ist genau die Stimmung, die Sie hier zu produzieren versuchen. Dann ist es natürlich eine fatale Logik, wenn es heißt: Der Zweck heiligt die Mittel - egal, worum es geht. Hauptsache wir schießen; mal sehen, wen wir treffen. Wo der Eindruck entsteht, dass es hier so zugeht, hat es Loyalität tatsächlich schwer.

Meine Damen und Herren, ich will hier nicht den Eindruck erwecken, dass bei Rot-Rot alles fehlerfrei sei und dass alles, was wir anpacken, auch so aufgehe, wie wir es uns wünschten. Natürlich nicht. Wer handelt, kann Fehler machen. Wer Risiken eingeht, kann verlieren. Aber wir sorgten dafür, dass Risiken zugunsten des Landes abgefedert wurden, siehe Odersun. Wir haben niemandem Wunder versprochen, und wir haben auch nicht den Ehrgeiz, Wunder zu vollbringen. Aber - und das darf

ich hier im vollen Bewusstsein der vergangenen vier Jahre sagen -: Dieses Land wird ordentlich regiert.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Und wir tun, was uns möglich ist, um es auf einen besseren Weg zu bringen - sozial, solidarisch, zukunftsfest, natürlich in Einheit von Kontinuität und Erneuerung.

Wir haben einige Weichen anders gestellt, als es der Opposition behagt. Das ist in einem pluralistischen, demokratischen System völlig normal, kein Verstoß der Regierenden gegen die guten Sitten. Wir haben guten Grund zu sagen: Für diese Weichenstellung haben wir eine Mehrheit in diesem Land. Auf die Idee, die Regierenden zur Hasenjagd treiben zu wollen, wie es Herr Beyer so schön formulierte, kann ich nur antworten: Gehen Sie zur Jagd, vornehmlich in die Wälder unseres schönen Landes! Wir werden dafür Sorge tragen, dass Sie dies können, weil wir das Land wirtschaftlich, kulturell, sozial, aber auch ökologisch voranbringen.

(Beifall DIE LINKE sowie vereinzelt SPD)

Es ist mir doch völlig klar, dass Sie aufschreien, ja förmlich erbrechen, wenn es darum geht, über die Justiz in diesem Land zu reden. Was Sie bis heute nicht ertragen, ist die Durchsetzung des Resozialisierungsansatzes in einem modernen Strafvollzug.

(Beifall DIE LINKE sowie vereinzelt SPD - Senfleben [CDU]: Justizminister! - Weitere Zurufe von der CDU)

Dass Sie da schreien, verstehe ich jeden Tag mehr. Aber Sie werden es nicht mehr ändern.

(Senfleben [CDU]: Doch!)

Mit Ihrer Gier nach Skandalen sorgen Sie selbst dafür, dass der Blick der Öffentlichkeit auf das verstellt wird, was Sie meinen, an inhaltlichen Alternativen überhaupt anbieten zu können. Das schadet Ihnen, was ich ja noch verkraften könnte. Es schadet aber, und das ist schlimm, vor allem dem demokratischen Wettstreit im Land. Und da geht es uns ans Eingemachte.

(Zuruf des Abgeordneten Senfleben [CDU])

Das will ich nicht hinnehmen; denn ich spüre: Das tut uns Linken und auch den Sozialdemokraten nicht gut. Wo die persönliche Würde gegen schrille Diffamierung verteidigt werden muss und wo die Herausforderung durch gute, vielleicht sogar bessere Ideen unterbleibt, da wird man zum Stillstand gezwungen.

Lassen Sie mich mit einem Zitat von Alois Glück, CSU, dem früheren bayerischen Landtagspräsidenten, enden, der vor einigen Jahren in einer bemerkenswerten Rede zum 60. Jahrestag des Niedersächsischen Landtages gesagt hat:

„Von der Fähigkeit zur Veränderung und zur Erneuerung, zur Innovation, hängt unsere Zukunftsfähigkeit in besonderer Weise ab. Dazu gehört auch die Fähigkeit, sich selbst zu korrigieren. ... Die Gestaltungskraft der Politik ist gefordert wie kaum jemals zuvor. ... Dies ist für uns in

den Landesparlamenten Aufgabe und Herausforderung gleichermaßen.“

Nehmen wir sie an! - Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Es gibt eine Kurzintervention des Abgeordneten Homeyer.

Homeyer (CDU): *

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, nachdem Herr Ness mich zu einer Entschuldigung aufgefordert hat, ist es eine Selbstverständlichkeit, dass ich Stellung nehme zu den Fakten, wie sie sich nun einmal darstellen.

Präsident Fritsch:

Herr Homeyer, Ihre Kurzintervention darf sich ausschließlich auf den Redebeitrag von Frau Mächtig beziehen.

Homeyer (CDU):

Darauf komme ich jetzt, Herr Präsident.

Präsident Fritsch:

Bitte.

Homeyer (CDU):

Frau Mächtig hat mich auch beim Namen genannt und gesagt, dass die Fakten verschleiert würden.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Das stimmt nicht. Was Sie tun, ist unredlich!)

Ich möchte gern dazu Stellung nehmen, denn ich halte mich an die Fakten. Sie haben Herrn Junghanns erwähnt.

(Lachen bei der Fraktion DIE LINKE)

Ich möchte auf den betreffenden Fördermittelbescheid hinweisen. Das ist eine Kopie des Originals.

(Der Abgeordnete hält ein Schriftstück hoch.)

In dem Fördermittelbescheid - wie in jedem anderen Fördermittelbescheid des Landes auch - steht Folgendes ...

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Vielleicht hören Sie sich das einfach einmal an. Es wird Ihnen nicht gelingen, mich totzuschreiben.

(Beifall CDU)

Bei jedem Mittelabruf - Herr Domres kennt das - sind eine Bestätigung der Wirtschaftsprüfung bzw. des Steuerberaters über das Vorliegen der erforderlichen Abrufvoraussetzungen sowie

der zweckentsprechenden Verwendung der Mittel und eine Bestätigung der Hausbank über die gesicherte Gesamtfinanzierung sowie - jetzt kommt es, meine Damen und Herren - eine aktuelle Bonitätsbescheinigung vorzulegen. Eine aktuelle Bonitätsbescheinigung! Genau das ist nicht geschehen.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Sie missbrauchen das Instrument der Kurzintervention!)

Es ist keine aktuelle Bonitätsbescheinigung abgerufen worden. Das bestätigt das MWE unter Leitung von Herrn Minister Christoffers in einem Vermerk, der mir vorliegt.

(Beifall CDU und B90/GRÜNE)

Ich bin gern bereit, daraus zu zitieren. Dieser Vermerk ist von Herrn Lotzer, dem Referatsleiter; er schreibt kurz und bündig: Letztlich bleiben die ungewöhnliche Finanzierungsstruktur des Vorhabens und die fehlende Absicherung der Bonität über eine deutsche Hausbank. Die gesicherte Gesamtfinanzierung wurde durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestätigt. - Ich habe sie gelesen. Der erste Satz in dem Testat heißt, dass eine Bonitätsprüfung nicht erfolgte. Das heißt, es ist Geld ausgezahlt worden, Herr Minister, ohne dass jemals ordentlich geprüft wurde, ob das Unternehmen überhaupt in der Lage ist, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Herr Minister, Sie behaupteten auf Ihrer Pressekonferenz - deshalb bleibe ich dabei, dass Sie die Unwahrheit gesagt haben -: Da alle Voraussetzungen erfüllt waren, drohten dem Land Ersatzansprüche, wenn es nicht zahlt.

Ich sage Ihnen: Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Sie hätten niemals auszahlen dürfen, weil Sie sich damit, Herr Minister, in den Bereich der Untreue begeben, indem Sie gegen Ihre eigenen Regeln - im Zuwendungsbescheid von 2008 - verstoßen haben, gegen die eigenen Regeln, die Sie aufgestellt haben. Das ist ein Bescheid, Herr Minister, der Rechtskraft hat. Dagegen haben Sie verstoßen, und das werfe ich Ihnen vor, Herr Minister.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Mit Beschimpfungen der Opposition verschleiern Sie hier die Tatsachen.

(Beifall CDU)

Das ist der eigentliche Grund. Ich erwarte, dass wir uns in der gesamten politischen Debatte an die Fakten halten. Die Fakten sind eindeutig: Niemals hätte ausgezahlt werden dürfen!

(Beifall CDU und B90/GRÜNE)

Präsident Fritsch:

So viel zum Thema Anfälligkeit von Kurzinterventionen. Das Präsidium muss sich noch einmal damit befassen, was inhaltlich zulässig ist und was nicht. Nichtsdestotrotz hat Frau Mächtig die Möglichkeit, darauf zu reagieren. - Sie tut es sogar.

(Senfleben [CDU]: Das Wort „Missbrauch“ nicht vergessen!)

Frau Mächtig (DIE LINKE):

Herr Präsident, weil Sie notwendigerweise eine andere Zurückhaltung haben, als ich sie haben muss, sage ich: Es war ein Missbrauch der Geschäftsordnung des Landtags.

(Senfleben [CDU]: Jawoll! - Beifall DIE LINKE und SPD)

Das darf man wohl einmal sagen. Es ist typisch für Sie, Herr Homeyer: Herr Christoffers hat hier kein Wort gesprochen, aber Sie halten ihm permanent vor, was er hier alles gesagt haben soll. Das ist das Problem: Die Welt ist nicht so, wie sie ist, sondern wie Sie sie sich denken. Manch einer besingt das in Liedern, das tue ich hier vorsichtshalber nicht.

Worum ich Sie bitte: Respektieren Sie, dass erst aufgeklärt und es dann dargestellt wird. Glauben Sie ernsthaft, Herr Homeyer, dass Sie der beste Aufklärer in diesem Lande sind?

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE und SPD)

- Ist doch wahr!

Sollten wir das nicht Organen überlassen, die eigens dafür geschaffen wurden, nämlich der dritten Gewalt? Wenn Sie der dritten Gewalt nicht trauen, ist das Ihr Problem - ein Problem mit dem Rechtsstaatsverständnis, aber darüber sollten wir uns außerhalb dieses Hauses noch einmal unterhalten.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Wir setzen die Rednerfolge fort. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abgeordnete Vogel.

Vogel (B90/GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer Fragen an die Mitglieder der Landesregierung nicht nur stellen, sondern sie auch beantwortet haben möchte, der sollte inzwischen gemerkt haben, dass eine Sondersitzung des Landtages dafür nicht das geeignete Forum ist.

(Beifall B90/GRÜNE, SPD und DIE LINKE)

So hätten wir Bündnisgrünen, soweit es den Förderfall Human BioSciences betrifft, erklärtermaßen eine gut vorbereitete Sitzung des Wirtschaftsausschusses und eine daran anschließende Regierungserklärung des Ministerpräsidenten bevorzugt. Erst Aufklärung in den parlamentarischen Gremien, dann politische Debatte im Plenum - das wäre unseres Erachtens der bessere Weg gewesen.

(Beifall B90/GRÜNE, SPD und DIE LINKE)

Das gilt umso mehr, als bereits im Vorfeld klar war, dass der Ministerpräsident heute die Abgabe einer Regierungserklärung verweigert. Selbst wenn er nach mir noch das Wort ergreifen sollte, wird daraus noch lange keine Regierungserklärung.

Dass von Herrn Ness und Frau Mächtig Antworten zum Förderfall HBS gegeben und die richtigen Schlussfolgerungen ge-

zogen werden, hat hier wohl niemand ernsthaft angenommen. Ich muss allerdings sagen, Herr Ness, was Sie hier geboten haben, war echt der Tiefpunkt der politischen Kultur in diesem Landtag.

(Beifall B90/GRÜNE, CDU und FDP)

Genau das, was Sie der CDU vorwerfen, haben Sie gemacht: Sie haben reine Ablenkungsmanöver und persönliche Attacken gegen Herrn Eichelbaum gefahren. Im Übrigen: Wenn Sie Herrn Eichelbaum ansprechen, wo bleibt dann der Hinweis auf Herrn Kosanke? Wird da der Balken im eigenen Auge nicht gesehen? So etwas führt die ganze Debatte ad absurdum. So etwas zerstört jeden Versuch, diesen Landtag zu einem Forum der inhaltlichen Auseinandersetzung zu machen.

(Beifall B90/GRÜNE)

Ich muss, Frau Mächtig, auch wenn ich Ihre Schlussfolgerung nicht teile, ausdrücklich anerkennen, dass Sie wenigstens den Versuch unternommen haben, sich inhaltlich mit der Fragestellung auseinanderzusetzen.

Dass am Ende der Debatte eine Rücktrittserklärung des Wirtschaftsministers erfolgt, so vermessen in seinen Erwartungen kann wohl niemand sein. So funktioniert Politik nicht, weder im Bund noch in Brandenburg. Das Ergebnis dieser Sitzung war und ist so vorhersehbar wie die sonntägliche Liturgie in der Kirche. Am Ende des Tages hat die Koalition ihre Reihen geschlossen. Am Ende steht, dass DIE LINKE sich um ihren in den eigenen Reihen wegen seiner Braunkohlepolitik durchaus umstrittenen Minister Christoffers schart.

Wenngleich dieses Ergebnis der heutigen Sitzung absehbar ist, so fordern wir Grünen dennoch gemeinsam mit den anderen Oppositionsfraktionen, CDU und FDP, die Entlassung von Minister Christoffers - wohl wissend, dass ein Rücktritt nicht die unmittelbare Folge der heutigen Debatte sein wird. Wir tun dies, weil wir uns als Opposition selbst aufgeben würden, wenn wir angesichts der bislang zutage getretenen Missstände bei der Fördermittelvergabe an die HBS, insbesondere aber wegen des Abstreitens jeglicher Verantwortung seitens des Ministers nicht die notwendigen politischen Konsequenzen einforderten.

(Beifall B90/GRÜNE, CDU und FDP)

Wir tun dies, weil wir nach Einsicht in die Akten feststellen mussten, dass genug Warnzeichen vorlagen, es frühzeitig Hinweise auf fehlendes Eigenkapital, auf zweifelhafte Belege und die mangelnde Seriosität der HBS-Unternehmensvertreter gegeben hatte, von denen sowohl die Investitionsbank des Landes als auch das Wirtschaftsministerium Kenntnis hatten. Wir tun dies, weil der Minister mitwirkte, als der Förderfall HBS entgegen der im Zuwendungsbescheid festgeschriebenen Auszahlungsvoraussetzungen zur Auszahlung gebracht wurde. Wir fordern den Rücktritt des Wirtschaftsministers aber insbesondere, weil Minister Christoffers bei seiner wohl als Flucht nach vorn gedachten Pressekonferenz am vergangenen Donnerstag ein Amtsverständnis offenbart hat, das jeglicher Beschreibung spottet. Wir haben einen Minister erlebt, der jegliche Verantwortung von sich gewiesen hat und trotz seines inzwischen dokumentierten aktiven Einschaltens in das Fördermittelverfahren alle Schuld bei der ILB abladen will.

(Beifall B90/GRÜNE)

Das ist gelinde gesagt unwürdig und unvereinbar mit dem Ministeramt.

(Beifall B90/GRÜNE, CDU und FDP)

Wir mussten feststellen, dass das Informationsgebaren des Ministers zum Fördermittelbetrug der HBS-Verantwortlichen dem inzwischen üblichen traurigen Verfahren verfehlter Krisenkommunikation folgte. Statt offensiv die Fakten auf den Tisch zu legen und die eigene Rolle kritisch zu reflektieren, kamen die Informationen nur über die Presse und scheibchenweise ans Tageslicht. Als Mitglied des Wirtschaftsausschusses habe ich selbst erlebt, wie Minister Christoffers zunächst jegliche Mitwirkung an der im September 2012 getroffenen Entscheidung, der Firma HBS eine zweite Fördermitteltranche in Höhe von 3,2 Millionen Euro auszuzahlen, bestritt. Ich habe miterlebt, wie er die Bedeutung von Manoj Jain, dem wegen Fördermittelbetrugs in den USA verurteilten Eigentümer des Mutterbetriebs von HBS, kleinzureden versuchte und wie er erklärte, Kontakte mit den HBS-Verantwortlichen angeblich nur in offizieller großer Runde gehabt zu haben. Von Gesprächen an der Hausbar in Mr. Jains Privathaus war da ebenso wenig die Rede wie von internen Vermerken der ZAB und der ILB zu Geldwäscheverdacht, Scheinfirmengeflechten und vermutlich zehnfach überteuerten Gefriertrocknern.

Wie aus einem schlechten Lehrbuch zur Krisenkommunikation wurde dementiert, was ohnehin niemand behauptete. So hat nie jemand unterstellt, dass der Minister wie im Fall Odersun der ILB eine förmliche Weisung erteilt hätte, aber genau diese Nichtbehauptung wurde mit Inbrunst zurückgewiesen. Dass es unterhalb der Schwelle einer förmlichen Weisung vielfältige Möglichkeiten der Einflussnahme auf Entscheidungen gibt, will der Minister bis heute anscheinend nicht verstehen. Ihm scheint insbesondere nicht klar zu sein, welche Rolle er als Minister spielt und welche Bedeutung ihm zukommt. Er ist ja nicht nur Minister, sondern er sitzt als stellvertretender Vorsitzender auch im Verwaltungsrat der ILB; aktuell gibt es übrigens keinen Vorsitzenden, sodass er derzeit der Höchststrangige im Verwaltungsrat der ILB ist. Dass seine Meinung bei den Mitarbeitern der ILB eine entscheidungsleitende Rolle spielt, das will er nicht sehen.

(Beifall B90/GRÜNE)

Unstrittig ist, dass die ILB und das Wirtschaftsministerium von skrupellosen Fördergeldbetrügern die Pistole auf die Brust gesetzt bekamen und mit dem Abbruch des Projekts gedroht wurde, falls die zugesagten Gelder nicht kurzfristig ausgezahlt würden. Vor die Wahl gestellt, entweder die vorgelegten, aber nach dem Wortlaut des Zuwendungsbescheids unzureichenden Bescheinigungen zu akzeptieren oder das verheißungsvolle Investitionsprojekt scheitern zu lassen, knickte der Minister ein und ließ zahlen. Auch wenn es formell keine Weisung gegeben hat, ein Gespräch, zu dem der Minister einlädt, nachdem die ILB die Zahlung aussetzt und nachdem schriftlich festgehalten wird, dass nach erneuter Prüfung die zurückgehaltenen Gelder innerhalb von 24 Stunden fließen sollen, lässt vermuten, in welche Richtung hier Druck aufgebaut wurde.

Nach dem Fall Odersun ist der Wirtschaftsminister hier zum zweiten Mal gegen den Rat der Fachleute aktiv geworden - zum Schaden des Landes. So, wie er im Fall Odersun die widerstrebende ILB in Mithaftung für die von ihm getroffene und nur

dürftig dokumentierte Entscheidung zur Bewilligung einer von der ILB abgelehnten Förderung nehmen wollte, so soll jetzt im Fall HBS der ILB die alleinige Verantwortung zugeschoben werden. Das kann zweierlei bedeuten: Entweder ist die ILB in der Tat nicht in der Lage, die Interessen des Landes bei der Vergabe von Fördermitteln zu wahren, oder aber es wird die Rufschädigung der ILB als Kollateralschaden in Kauf genommen, um das Ansehen des Ministers zu wahren. Was wäre schlimmer?

(Beifall B90/GRÜNE, CDU und FDP)

Sekundiert wird dem Minister von Ministerpräsident Woidke, der in einem Interview mit der „Lausitzer Rundschau“ vom Samstag alle Vorwürfe gegen Christoffers für rundum entkräftet erklärt, mit dem Hinweis, dass es seit dem Jahr 2008 einen „Rechtsanspruch der HBS auf Fördermittel gegeben hat und es bei einer Verweigerung der Auszahlung mit Sicherheit Schadensersatzansprüche gegen das Land gegeben hätte.“ - Nicht nur aus heutiger Sicht eine ausgesprochen verwegene Aussage. Die Landeshaushaltsordnung sieht nicht vor, dass man Zuwendungsempfängern bei Betrugsverdacht hilflos ausgeliefert ist.

(Beifall B90/GRÜNE, CDU und FDP)

Wenn es anders wäre, müsste man sich um den Zustand unseres Landes echte Sorgen machen. Selbstverständlich gibt es nach den Verwaltungsvorschriften zur LHO Möglichkeiten, einen Zuwendungsbescheid zu widerrufen. Diese Möglichkeit wäre schon deshalb gegeben gewesen, weil die HBS 2010 nicht mehr auf die ursprünglich angegebenen und angeblich von der ILB eingehend geprüften Finanzierungsquellen zurückgreifen konnte. Sie wäre aber darüber hinaus 2012 geboten gewesen, weil die Fördermittel nicht für nachgewiesene und angezahlte Bauleistungen, sondern für augenscheinlich fingierte Anzahlungen für Gefriertrockner erfolgte. Sie wäre zwingend erforderlich gewesen, weil die HBS nicht in der Lage war, die im Zuwendungsbescheid verbindlich vorgeschriebene Erklärung der Hausbank über die Finanzierung des Gesamtvorhabens vorzulegen.

Was hätte die HBS aus heutiger Sicht vorlegen können, um einen vermeintlichen Anspruch auf Schadensersatz durchzusetzen? Kopien von in Rupien ausgestellten Barschecks, die in einem undurchsichtigen Firmengeflecht zwischen Indien und den Seychellen transferiert wurden? Unbezahlte Bauträgerrechnungen, für die sie selbst keine Anzahlung erbracht hatte? Das ist doch lächerlich. Nein, der Fall HBS ist symptomatisch für die Wirtschaftsförderung in Brandenburg, wo man versucht, mit Fördermitteln Strohfeuer zu entzünden, in der Hoffnung, der Funke werde irgendwie überspringen.

(Beifall B90/GRÜNE)

Es ist seit Jahren üblich, Investoren nicht zu viele Ansprüche aufzubürden - man will ja keinen verscheuchen; dann schaut man auch nicht so genau hin. Das war vor Jahren beim Lausitzring so, das war bei der Verlegung der Produktion von Franco-Typ-Postalia nach Wittenberge so, und das gilt aktuell für die HBS. Es ist genau diese Investorenversessenheit, die man dem Minister vorwerfen muss. Er macht eine grundfalsche Wirtschaftspolitik, indem er mit hohem Risiko versucht, Unternehmen in die Brandenburger Provinz zu holen.

(Zuruf der Abgeordneten Mächtig [DIE LINKE])

Den Wechsel an der Spitze des Wirtschaftsressorts fordern wir nicht in erster Linie, weil der Minister einem Scharlatan aufgesessen ist, sondern vor allem, weil er seine Verantwortung im System anscheinend überhaupt nicht begriffen hat. Er und niemand anders trägt die Verantwortung für die Wirtschaftsförderung im Land.

(Beifall B90/GRÜNE, CDU und FDP)

Wenn es schon eine investorenfreundliche Grundhaltung im gesamten System gibt, muss wenigstens der Minister - zumal ein linker Minister - in der Lage sein, die Übersicht zu behalten und allzu leichtfertige Fördermittelzusagen zu stoppen - erst recht, wenn er mit dem Projekt seit Jahren vertraut ist. Im Fall HBS hat er trotz mehrfacher Warnungen jedoch nicht die Reißleine gezogen, sondern - wie Gregor Beyer von der FDP es hier wirklich minutiös dargestellt hat - entscheidend daran mitgewirkt, dass die zweite Rate der Fördermittel ausgezahlt wurde. Dafür trägt er die politische Verantwortung.

(Beifall B90/GRÜNE, CDU und FDP)

Nebenbei bemerkt: Die Fehleranfälligkeit des Brandenburger Fördermittelsystems ist auch nicht neu, denn im gleichen Jahr - 2012 - erging ein Urteil gegen Hilpert, das ein umfassendes Versagen der ILB bei der Förderung des Resorts Schwielowsee dokumentierte. Dies allein schon hätte Minister Christoffers Anlass genug sein müssen, angesichts der Aktenlage bei der HBS eine deutlich kritischere Haltung an den Tag zu legen.

(Beifall B90/GRÜNE, FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ansicht, dass hier eine Regierung aus dem Tritt geraten sei, ist falsch. Richtig ist, dass die seit 166 Tagen im Amt befindliche Regierung Woidke bis heute nicht Tritt gefasst hat.

(Beifall B90/GRÜNE und CDU)

Nach den ersten 100 Tagen haben wir Grünen ihm mangels vorzeigbarer und bewertbarer Leistungen weitere 100 Tage Einarbeitungszeit und Schonfrist gewähren wollen. Diese Frist läuft langsam ab.

(Oh! bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Wir haben bislang keinen wesentlich besseren Eindruck gewonnen. Die Notwendigkeit, heute eine Regierungserklärung abzugeben, hat Ministerpräsident Woidke nicht gesehen. Die Chance, auf der nächsten Plenarsitzung eine Regierungserklärung abzugeben, sollte er allerdings nutzen, denn es gibt genügend Punkte, über die wir gern aus dem Munde des Ministerpräsidenten Klarheit hätten. Bis heute steht seine Aussage, dass er den Sitz als Vertreter Brandenburgs im BER-Aufsichtsrat nicht wahrnehmen wolle, um für die Durchsetzung der Brandenburger Interessen in puncto Nachtflugverbot und Lärmschutz freie Hand zu haben, unausgefüllt im Raum.

Am 27.02.2013 - das ist noch gar nicht so lange her; es jährt sich bald - wurde das Volksbegehren vom Brandenburger Landtag angenommen. Der Jahrestag dieses Beschlusses steht vor der Tür. Was haben die Bemühungen der Landesregierung um ein erweitertes Nachtflugverbot gebracht? Der sogenannte Bericht der Landesregierung vom 27. Dezember 2013 fasst es zusammen: Nichts. Im Raum stehen geringfügige Veränderungen

am Betriebskonzept während der beiden am wenigsten genutzten Nachtstunden. Von einer Ausweitung des Nachtflugverbots ist aber keine Spur. Kann dies ein Verhandlungsergebnis sein, wenn sich gleichberechtigte Partner gegenüberstehen und einer davon ein ernsthaftes Anliegen hat? Nein, entweder sind die Partner nicht gleichberechtigt und Brandenburg hat gegenüber Berlin nichts zu melden, oder das Anliegen wurde von Brandenburg nicht ernsthaft vertreten. Ersteres wäre ein Skandal, das zweite Wortbruch.

(Beifall B90/GRÜNE, CDU und FDP)

Lärmschutz: Erst vor zwei Wochen, am 28. Januar, hat das Bundesverwaltungsgericht in letzter Instanz bestätigt, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte: Die Anwohner des BER müssen exakt den Schallschutz erhalten, den die Flughafengesellschaft einst selbst in ihrem Antrag auf Planfeststellung angab. Ein solcher Schallschutz war die Voraussetzung dafür, dass Bau und Betrieb des BER am Standort Schönefeld überhaupt genehmigt werden konnten. Die Flughafengesellschaft hat jedoch von Anfang an mit Wissen und weitestgehender Billigung der Landesregierung nur einen Bruchteil des Betrages, den ein solcher Schallschutz kostet, in ihre Kostenkalkulation eingestellt. Seit 2008 war das MIL darüber im Bilde, dass die Flughafengesellschaft einen Lärmschutz plante, der weit hinter den ursprünglichen Zusagen zurückbleiben sollte. Es ist und es war ein Skandal, dass die Landesregierung der betroffenen Bevölkerung in der wichtigen Frage des Schallschutzes die Solidarität aufgekündigt und den notwendigen Beistand verweigert hat.

(Beifall B90/GRÜNE und FDP)

Eineinhalb Jahre nach der geplanten Flughafeneröffnung und wenige Monate vor der Inbetriebnahme der Südbahn ist bislang kein einziger von 14 200 berechtigten Haushalten im Tagschutzgebiet mit dem vorgeschriebenen Lärmschutz ausgestattet. Wie gedenkt die Regierung damit umzugehen?

Finanzierung des BER: Obwohl Brandenburg mit Minister Marikov seit Jahren den Vorsitzenden des Finanzausschusses der FBB stellte, können FBB und Landesregierung bis heute keine Auskunft über die Gesamtkosten des BER, seine Folgekosten nach Inbetriebnahme, seine Gesamtfinanzierung oder notwendige ergänzende EU-Notifizierungsverfahren geben. Wie gedenkt die Landesregierung hier weiter vorzugehen?

(Schulze [B90/GRÜNE]: Sind ja nur ein paar Millionen!)

Andere Fragen, auf die wir eine Antwort erwarten: Die Gesundheits- und Umweltministerin setzt sich aus guten Gründen für weitestgehende Beschränkungen des Totalherbizids Glyphosat ein. Inzwischen ist das Umweltgift allgegenwärtig. Es ist in unseren Gewässern und Nahrungsmitteln; bei 70 % der Deutschen soll es inzwischen im Urin zu finden sein. Dennoch stimmt Brandenburg im Bundesrat gegen Beschränkungsforderungen der rot-grün regierten Bundesländer. Wo steht hier der Ministerpräsident?

(Beifall B90/GRÜNE)

Der Landwirtschaftsminister macht sich bundesweit beachtet zum Apologeten der industriellen Massentierhaltung.

(Oh! bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Die für das Arzneimittelrecht zuständige Gesundheitsministerin warnt dagegen vor den Gefahren des mit der Massentierhaltung einhergehenden Einsatzes von Antibiotika in den Ställen und der damit verbundenen Ausbildung antibiotikaresistenter Keime für die menschliche Gesundheit. Einen Überblick über die in Brandenburger Ställen eingesetzten Antibiotika hat sie dennoch nicht. Machtmittel, den nach Arzneimittelrecht verbotenen prophylaktischen Einsatz von Antibiotika zu verhindern, hat sie anscheinend auch nicht. Wie gedenkt der Ministerpräsident mit dieser Situation umzugehen?

Braunkohle: Während der sächsische Ministerpräsident Tillich eine Übernahme der Braunkohlesparte von Vattenfall ablehnt, weil es nicht die Aufgabe des Landes ist, als Unternehmer tätig zu sein, lässt die Landesregierung eine Arbeitsgruppe bilden, die einen potenziellen Erwerb der Braunkohlesparte von Vattenfall durch das Land prüft. Dies ist erkennbar eine Sackgasse. Viel wichtiger wird damit aber die Frage, wie sich der Ministerpräsident die weitere Zukunft der Lausitz ohne Vattenfall und ohne Braunkohle vorstellt.

(Beifall B90/GRÜNE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die zukünftige Entwicklung unseres Landes ist entscheidend, welche Ziele sich die Landesregierung politisch setzt und welche Qualität ihre politischen Entscheidungen haben. Das Festhalten an überkommenen Technologien, die Weigerung, die Zeichen der Zeit zu erkennen, und das Negieren von Megatrends wie dem der biologischen Landwirtschaft wirken sich lähmend auf die Entwicklung insgesamt aus.

(Beifall B90/GRÜNE)

Brandenburg verspielt mit seinem sturen Festhalten an der Braunkohle die Zukunft einer ganzen Region, die sich mit Recht immer öfter fragt, ob diese Regierung überhaupt noch weiß, was sie tut, oder - schlimmer noch -, ob sie in der Lage ist, das, was sie eigentlich vorhat, auch umzusetzen. Von der Inklusion über die Polizeireform, den Flughafen oder Beschäftigungsprogramme - diese Regierung agiert weitgehend chaotisch und planlos.

(Bischoff [SPD]: Da klatscht ja gar keiner! - Beifall B90/GRÜNE)

- Doch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger! Die Schlussfolgerungen aus einer verfehlten Politik zu ziehen und über eine andere Verteilung der politischen Mehrheitsverhältnisse im Land zu entscheiden ist Aufgabe der Wählerinnen und Wähler. Die Aufgabe des Landtags ist es, offen über Mängel im Regierungshandeln und bessere Alternativen zu diskutieren, um den Wählerinnen und Wählern auch die unterschiedlichen Positionen deutlich zu machen. Eine solche Diskussion war heute, wenn überhaupt, nur in kleinen Auszügen möglich. Ich möchte deshalb noch einmal eindringlich dafür werben, dass der Ministerpräsident sich nicht wegduckt, sondern in der nächsten Plenarsitzung eine umfassende Regierungserklärung abgibt - wie es in unserem gemeinsamen Antrag der Opposition dargestellt ist. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall B90/GRÜNE, CDU und FDP)

Präsident Fritsch:

Ich begrüße unsere Gäste, Mitglieder des Vereins Potsdam Guide. Herzlich willkommen im Landtag und einen spannenden Nachmittag für Sie!

(Allgemeiner Beifall)

Nun erhält die Landesregierung das Wort. Staatssekretär Gerber spricht.

(Gelächter bei der CDU - Senftleben [CDU]: Da hätten wir auch den Pförtner fragen können!)

Chef der Staatskanzlei Staatssekretär Gerber:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Überhaupt keine Frage: Es steht der Opposition selbstverständlich zu, ihre parlamentarischen Rechte wahrzunehmen,

(Allgemeine Unruhe)

und niemand käme auf die Idee,

(Glocke des Präsidenten)

das zu bestreiten. Niemand bestreitet auch ihr Recht, jedes beliebige Thema ganz oben auf die Tagesordnung zu setzen, das ihrer Ansicht nach dorthin gehört. Respektieren Sie aber bitte auch das Recht anderer, die Angriffe der Opposition wenig glaubwürdig und nicht überzeugend zu finden.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Respektieren Sie auch das Recht der Landesregierung, zu deutlich anderen Einschätzungen zu gelangen als denen, die Sie hier vertreten.

Im vorliegenden Fall ist bereits seit der vergangenen Woche klar: Ihre Attacke gegen Wirtschaftsminister Christoffers ist nun doch zum Erliegen gekommen.

(Lachen bei der CDU)

Die Brandenburger CDU hat gegen Ralf Christoffers sehr weitreichende und außerordentlich ehrverletzende Vorwürfe erhoben. Lassen Sie mich im Namen der gesamten Landesregierung festhalten: Diese Vorwürfe haben sich als unbelegt erwiesen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wirtschaftsminister Christoffers hat angesichts aller heute bekannten Umstände pflichtgemäß und rechtens gehandelt.

(Unruhe bei der CDU - Die Mitglieder der Fraktion B90/GRÜNE, der FDP-Fraktion und einige Abgeordnete der CDU verlassen den Plenarsaal - Jürgens [DIE LINKE]: Wie ernst nehmen Sie eigentlich Ihre eigene Sondersitzung?)

Er hat die volle Unterstützung des Ministerpräsidenten und der gesamten Landesregierung.

Lassen Sie mich hinzufügen: Der Lügenvorwurf der CDU-Fraktion ist großes Kaliber. Wer mit solchem Kaliber um sich

schießt, muss schon sehr stichhaltige Beweise vorlegen können. Beweise aber hat die CDU hier bislang nicht vorgelegt.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Lassen Sie mich - auch das ist ein Thema der Sitzung heute - noch einige Anmerkungen zur Landespolitik machen. Wir haben in Brandenburg große Aufgaben zu bewältigen. Wir brauchen praktische Lösungen für praktische Probleme, brauchen sichere Arbeit, gute Löhne, sichere Straßen und Plätze, bezahlbaren Strom, Aufstiegschancen und soziale Gerechtigkeit für alle in allen Landesteilen. Dafür arbeitet die Landesregierung, und da sind wir auf einem guten Weg.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Das Land Brandenburg im Jahre 2014 ist ein Aufsteigerland. Die Arbeitslosigkeit hat sich in den vergangenen zehn Jahren mehr als halbiert - von über 20 % auf unter 10 % im Jahresdurchschnitt 2013. Zwischen 2005 und 2013 sind in Brandenburg fast 80 000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Jobs entstanden. Allein seit 2009 haben wir die Aufwendungen unseres Landes für unsere Kinder in den Kitas um 50 % erhöht. In diesem Zusammenhang haben wir auch 1 000 neue Erzieherinnen und Erzieher eingestellt. Diese Liste ließe sich fortsetzen. Insgesamt bedeutet das Tausende mehr junge Menschen mit guten Lebenschancen, mit der Eintrittskarte in eine erfolgreiche Berufslaufbahn und in einen Lebensweg, den sie aus eigener Kraft gestalten können.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Herr Staatssekretär, einen kleinen Augenblick Pause, bitte. Ich muss die Abgeordneten - selbst wenn die Grüne-Fraktion gerade den Raum verlassen hat - auf unsere Geschäftsordnung hinweisen: Es ist nicht zulässig, während der Sitzung ständig zu fotografieren.

Staatssekretär Gerber:

Eine weitere Nachricht, die gerade letzte Woche viel mehr Aufmerksamkeit verdient hätte: Kein Bundesland hat 2013 pro Kopf seiner Bevölkerung einen so großen Haushaltsüberschuss erzielt wie Brandenburg.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Das Düsseldorfer „Handelsblatt“ hat geschrieben:

„Setzt man die Etatabschlüsse ins Verhältnis zur Einwohnerzahl, so ist der Champion Brandenburg.“

Da geht es nämlich darum, wie wir gemeinsam dafür sorgen, dass Brandenburg auch noch für unsere Kinder und Enkel eine richtig gute Heimat sein wird, und darüber müssen wir auch in diesem Hause miteinander sprechen.

Noch einmal zum Fall HBS: Was die CDU in den vergangenen Tagen aus dem Thema machen wollte, geht, glaube ich, an der Sache vorbei. Dennoch sollten wir natürlich unsere Lehren für die Zukunft daraus ziehen. Richtig ist: Das Land ist hier offenbar Subventionsbetrügern zum Opfer gefallen. Das ist außeror-

dentlich ärgerlich. Ja, auch Vertreter des Staates können betrogen werden. Den Versuch jedoch, daraus einen persönlichen Vorwurf gegenüber den Betrogenen zu konstruieren, weise ich im Namen der Landesregierung zurück.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir müssen uns jetzt fragen, ob das damals CDU-geführte Wirtschaftsministerium und die ILB schon bei der ursprünglichen Förderentscheidung im Jahre 2008 vermeintlichen Investoren zu leichtfertig Zusagen erteilt haben. Aber wir müssen uns heute natürlich auch fragen, wie wir in Zukunft verhindern können, betrogen zu werden. Ich halte es deswegen für richtig, wenn Ralf Christoffers nun eine Arbeitsgruppe einsetzt, die die Vorgänge noch einmal komplett durchleuchtet

(Senfleben [CDU]: „Ich“? Nicht „wir als Regierung“?)

- wir, die Landesregierung -, sodass wir unsere Kontrollmechanismen verbessern können, wo das erforderlich ist.

(Senfleben [CDU]: Das geht aber ganz gut los!)

Wir müssen uns besser schützen, denn es geht um das Geld der Steuerzahler, auch wenn es hundertprozentige Sicherheit gegen Betrüger sicherlich nicht geben wird.

Ich verzichte hier darauf, aus der Begründung der CDU-Fraktion für die heutige Sondersitzung zu zitieren. Was ich allerdings zu diesem Thema sagen möchte, ist Folgendes:

Die Wahrheit ist: Diese Landesregierung und die gesamte Koalition arbeiten vertrauensvoll zusammen. Diese Einschätzung gilt erst recht, wenn wir uns zum Vergleich noch einmal die Koalitionsquerelen aus der vergangenen Legislaturperiode vor Augen führen.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Die Mitglieder der Fraktion der FDP und der Fraktion B90/GRÜNE kehren in den Plenarsaal zurück.)

Die Bilanz unserer Koalition ist gut. Wir sind gemeinsam dabei, unser Land weiter voranzubringen. Wir gehen mit Selbstbewusstsein und Tatkraft in die kommenden Monate bis zur Wahl. - Glück auf und vielen Dank!

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, zur besseren Orientierung gebe ich Ihnen die Restredezeiten bekannt: Es verbleiben für die SPD-Fraktion 8:49 Minuten, für die Linksfraktion 5:56 Minuten, für die CDU-Fraktion 7:03 Minuten, für die FDP-Fraktion 4:34 Minuten, für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 0:50 Minuten, und die Landesregierung hat noch 14:14 Minuten Redezeit.

Ich rufe wiederum die CDU-Fraktion auf. Gibt es Bedarf an der Nutzung der Restredezeit? - Das ist nicht der Fall.

(Lachen bei der SPD - Bischoff [SPD]: Und Ihr wolltet eine halbe Stunde!)

Ich rufe die SPD-Fraktion auf: Gibt es Bedarf, die Restredezeit zu nutzen? - Das ist auch nicht der Fall.

Gibt es bei der FDP Bedarf? - Nein.

Hat die Fraktion DIE LINKE noch Redebedarf? - Ebenfalls nicht.

Möchte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die letzten 50 Sekunden in Anspruch nehmen? - Nein.

Hat die Landesregierung noch Redebedarf? - Herr Ministerpräsident, bitte überziehen Sie nicht.

(Heiterkeit bei der SPD - Frau von Halem [B90/GRÜNE]: Was verschafft uns die Ehre?)

Ministerpräsident Dr. Woidke:

Wie viel Zeit habe ich?

Präsident Fritsch:

Eine Viertelstunde.

Ministerpräsident Dr. Woidke:

Herr Präsident, in einer Viertelstunde werde ich das wohl schaffen. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin etwas enttäuscht, weil ich nach der doch sehr hochtrabenden Überschrift über der heutigen Sondersitzung - immerhin eines der schärfsten Mittel der Demokratie im Land Brandenburg - etwas mehr Substanz in der Begründung, die ja mit dem Antrag nicht mitgeliefert worden ist, von der antragstellenden Fraktion erwartet hätte.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

In einem Punkt stimme ich mit dieser Fraktion allerdings überein: Die Menschen leben gern in unserem Land. Dieser Eindruck täuscht nicht, dies ist der richtige Eindruck.

Meine sehr verehrten Damen und Herren aus der Opposition, diese Koalition wird alles dafür tun, dass sich dieser Wert auch in Zukunft auf sehr hohem Niveau bewegt - übrigens auf einem sehr hohen Niveau auch im Vergleich mit den anderen Bundesländern.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

In der Überschrift ist auch von „Wortbruch“ die Rede. Ja, wir haben nicht alle Zusagen aus dem Koalitionsvertrag eingehalten. Man könnte es auch anders sagen, Frau von Halem: Wir haben Wortbruch begangen. Wir haben mehr Lehrerinnen und Lehrer eingestellt, als wir im Koalitionsvertrag zugesagt hatten!

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir haben die Vertretungsreserve erhöht; auch das war im Koalitionsvertrag nicht vereinbart. Wir haben mehr Polizistinnen und Polizisten eingestellt. Das war ebenfalls nicht vereinbart.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE - Lachen bei der CDU)

Und noch etwas: Wir hatten auch nicht vereinbart, dass wir in diesem Jahr erstmals in der Geschichte unseres Landes in die Situation kommen - darüber freue ich mich besonders -, in einem dreistelligen Millionenbetrag Schulden zurückzuzahlen. Auf Schuldenbergen kann man keine Kinderspielflächen bauen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich wünsche mir, dass dieses Hohe Haus zu einer Arbeitsweise zurückkehrt, die den Brandenburger Landtag ...

(Burkardt [CDU]: Ein Taschenspielertrick, Ihre Rede! - Oh! bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

- Vielleicht hören Sie jetzt mal zu, Herr Burkardt, und dann ganz, ganz ruhig!

(Beifall SPD)

Ich wünsche mir, dass dieses Hohe Haus - und zwar auch die Opposition - das tut, was den Landtag Brandenburg über viele Jahre hinweg ausgezeichnet hat, nämlich gemeinsam an den Problemen der Menschen dieses Landes zu arbeiten und dazu Vorschläge zu machen. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Damit haben wir die Rednerliste abgearbeitet. Nichtsdestotrotz sind wir noch nicht am Ende, denn Herr Schierack hat eine Kurzintervention angemeldet.

(Ness [SPD]: Niemand hat den Gesundheitspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion erwähnt!)

Prof. Dr. Schierack (CDU):

Herr Ness, ich freue mich, dass Sie sich auf meine Rede freuen. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das war also die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg.

(Beifall CDU, FDP und B90/GRÜNE)

Ich danke für die wunderbaren Worte in diesem Landtag. Das war ja wenigstens ein Anfang der politischen Streitkultur in diesem Land.

(Beifall CDU und FDP)

Ich finde es schon schlimm, mit wie viel Taktik in diesem Landtag agiert wird. Da redet plötzlich der Staatssekretär, die Redezeit wird nicht ausgeschöpft, und ich muss hier zum Mittel der Intervention greifen. Das hat dieses Hohe Haus nicht verdient.

(Beifall CDU und des Abgeordneten Schulze [B90/GRÜNE])

Ich will ganz klar sagen: Ich hätte mir schon gewünscht, dass der Ministerpräsident etwas zum Zustand dieser Regierung, zum Zustand der Politik in diesem Land gesagt hätte. Vor allem hätte ich mir gewünscht, dass er etwas zu seinem Wirtschaftsmi-

nister gesagt hätte, und zwar nicht nur über die Presse. Dass der Ministerpräsident hier dezidiert darlegt, warum er immer noch, trotz all der Fakten, zu seinem Wirtschaftsminister steht - das hätte ich erwartet.

(Beifall CDU)

Und dann redet er von Vertrauen in diesem Land? Ich will in diesem Zusammenhang nur etwas zur Polizeireform sagen: Erinnern Sie sich bitte daran, dass vor der Wahl 2009 insbesondere die Linkspartei, aber auch die SPD deutlich machten, die Anzahl der Polizisten solle gleich bleiben. Sie wollten sogar mehr haben. Sechs Monate später waren es nur noch 7 000 Polizisten! Das war der größte Vertrauensbruch, der jemals in der Innenpolitik begangen worden ist, meine Damen und Herren. Darüber müssen wir reden!

(Beifall CDU und des Abgeordneten Schulze [B90/GRÜNE])

Meine Damen und Herren, wir werden auch noch darüber diskutieren, warum der Ministerpräsident unseres Landes diesen Wirtschaftsminister stützt, obwohl klar ersichtlich ist, dass er eben nicht die Wahrheit gesagt hat. Das werden die Themen der Zukunft sein, über die wir hier miteinander diskutieren müssen.

(Domres [DIE LINKE]: Na, wenn das die Themen der Zukunft sind!)

Dann werden wir darüber reden, wie wir dieses Land fit machen können. Dazu hätte ich heute gern etwas vom Ministerpräsidenten gehört. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP - Bischoff [SPD]: Von Ihnen kam dazu nichts!)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass die Landesregierung immer reden darf, wenn sie das will; das ist unser Schicksal. Jetzt darf der Ministerpräsident sogar auf die Kurzintervention reagieren - wenn er denn will.

(Ministerpräsident Dr. Woidke: Kein Bedarf!)

Er will es nicht. - Damit ist die Redeliste erschöpft. Ich danke Ihnen für diese lebhafte Debatte, wünsche dem Land Brandenburg eine glückliche Zukunft

(Senfleben [CDU]: Halt, halt, halt!)

und stelle jetzt den Entschließungsantrag zur Abstimmung.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wer diesem Entschließungsantrag Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Stimmenthaltungen kann ich nicht feststellen. Der Entschließungsantrag ist mit Mehrheit abgelehnt worden.

Das war der letzte Punkt. Ich schließe die heutige Sondersitzung. Einen schönen Tag noch!

Ende der Sitzung: 14.39 Uhr

Anlage**Anwesenheitsliste**

Frau Alter (SPD)
Herr Baer (SPD)
Herr Dr. Bernig (DIE LINKE)
Herr Beyer (FDP)
Herr Bischoff (SPD)
Frau Blechinger (CDU)
Frau Böhnisch (DIE LINKE)
Herr Bommert (CDU)
Herr Büchel (DIE LINKE)
Herr Burkardt (CDU)
Herr Christoffers (DIE LINKE)
Herr Domres (DIE LINKE)
Herr Eichelbaum (CDU)
Herr Folgart (SPD)
Frau Fortunato (DIE LINKE)
Herr Genilke (CDU)
Herr Goetz (FDP)
Frau Gregor-Ness (SPD)
Herr Groß (DIE LINKE)
Frau Große (DIE LINKE)
Herr Günther (SPD)
Frau Hackenschmidt (SPD)
Frau von Halem (B90/GRÜNE)
Frau Heinrich (CDU)
Herr Henschke (DIE LINKE)
Frau Prof. Dr. Heppener (SPD)
Herr Dr. Hoffmann (fraktionslos)
Herr Hoffmann (CDU)
Herr Homeyer (CDU)
Herr Jürgens (DIE LINKE)
Herr Jungclaus (B90/GRÜNE)

Frau Kaiser (DIE LINKE)
Frau Kircheis (SPD)
Herr Kosanke (SPD)
Herr Krause (DIE LINKE)
Herr Kretzschmar (DIE LINKE)
Frau Lehmann (SPD)
Frau Lieske (SPD)
Herr Loehr (DIE LINKE)
Frau Dr. Ludwig (CDU)
Herr Ludwig (DIE LINKE)
Herr Dr. Luthardt (DIE LINKE)
Frau Mächtig (DIE LINKE)
Frau Meier (DIE LINKE)
Frau Melior (SPD)
Frau Muhß (SPD)
Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE)
Herr Petke (CDU)
Herr Pohl (SPD)
Frau Richstein (CDU)
Herr Rupprecht (SPD)
Herr Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)
Frau Schier (CDU)
Herr Prof. Dr. Schierack (CDU)
Herr Schippel (SPD)
Frau Schulz-Höpfner (CDU)
Herr Senfleben (CDU)
Frau Stark (SPD)
Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE)
Frau Tack (DIE LINKE)
Frau Theiss (SPD)
Herr Tomczak (FDP)
Frau Vogdt (FDP)
Herr Vogel (B90/GRÜNE)
Herr Wichmann (CDU)
Herr Dr. Woidke (SPD)

